

Die Amelie

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Amelie“ beträgt für In- u. Auslands-
bezieher 1 Goldmark monatlich
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Wabestr. 2-5.
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849. •

Jammer strebe zum Ganzen und laß dich selber kein Ganzes werden
••••• Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an •••••

Inserate: Zellenpreis 1 mm hoch, 45 mm breit 10 Pf. Bei
Arbeitsmarktanzeigen 30% Rabatt. Inseratengröße angeben,
Betrag vorher einbringen. Für Mitglieder Arbeitsmarkt (rel.
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Vor der Entscheidung in der Verschmelzung.

Vom 4. bis 14. Juni entscheiden wir über das zukünftige
Schicksal unseres Verbandes und zwar darüber, ob wir uns
den Fabrikarbeiterverbänden anschließen, oder ob wir allein
bleiben wollen. Die Wähler werden fallen, aber nicht nach einem
zufälligen Bescheid, sondern nach unserer freien Willensbestimmung,
deren pflichtgemäße Ausübung jedem Mitglied obliegt.
Deshalb bleibe keine organisierte Kollegin und kein organisierter
Kollege der Wahl fern; jedes Mitglied beteilige sich an der
Abstimmung. Diese Mahnung an erster Stelle.

Nach den sehr ausführlichen Darlegungen über die Für und
Wider der Verschmelzung wird wohl Klarheit über das Wohin
herrschen, wo sie jedoch noch nicht vorhanden sein sollte, ist es
zu empfehlen, alle Gründe, wie sie in mehreren Nummern der
„Amelie“ dargelegt wurden, und wie dies heute wieder geschieht,
noch einmal zu prüfen. Der richtige Weg wird dann unzweifelhaft
gefunden werden. Ein Teil der Stellen und Bezirke haben
ihre Stellungnahme schon deutlich genug gekennzeichnet und
ihre Mitglieder die Richtung gewiesen. Die Abstimmenben
werden demgemäß verfahren, und wo es noch nicht geschehen sein
sollte, hat sich jeder Fachblattleser sein Urteil selbst gebildet.
Große Zweifel können kaum noch herrschen. Dennoch wird noch
an die wenigen Stellen, die die verschiedensten Bedenken
erhoben haben, das Ersuchen gerichtet, ihre Aussetzungen und
Vorbehalte nicht aufrechtzuerhalten, da sie nicht von ausschlagge-
bender Bedeutung sind, sondern bei der Abstimmung der
Empfehlung des Vorstandes und Beirates
Folge zu leisten. Bei einigermaßen gutem Willen läßt sich
der bisher propagierte gegensätzliche Standpunkt revidieren und
eine andere Stellungnahme rechtfertigen, weil inzwischen die
richtigen Gesichtspunkte, die zur Verschmelzung mit dem Fabrik-
arbeiterverband weisen, ausführlich behandelt wurden; aber
dann noch deshalb, weil die Gegner keine beweisbaren Gründe
für ihre andere Haltung mehr anführen können.

Was bis jetzt von einer Anzahl Gegner der Verschmelzung
mit dem Fabrikarbeiterverband als Grund für ihre oppositio-
nelle Haltung veröffentlicht wurde, mag von ihrem persönlichen
Standpunkte aus zum Teil berechtigt sein, kann als Mahnung
entgegengenommen werden, aber die Gründe können nicht als maß-
gebend beachtet werden, denn bei jeder Verschmelzung müssen die
zusammenfassenden Teile, sagen wir einmal — Vorteile auf-
geben und Nachteile mit in Kauf nehmen. Daß alle ihre in
der alten Organisation bestehenden Rechte für sich als Berufs-
gruppe behalten werden können, ist schlechterdings unmöglich.
Dafür werden doch andere Vorteile wieder geschaffen, die sich
zum Wohle der Gesamtorganisation und der einzelnen Mitglie-
der unzweifelhaft auswirken. Ein Ausbleib wird immer statt-
finden. Die Behauptung, unsere Verschmelzung mit dem Fabrik-
arbeiterverband bringe nur Nachteile, weil dieser und jener Paragraf des
Statuts unseren Wünschen und unseren Anforderungen nicht
entspricht, wird wohl kaum mehr jemand aufzustellen wagen.

Bei dieser Gelegenheit mag einmal auf die Umstände ver-
wiesen werden, die bei einer Verschmelzung mit dem Fabrik-
arbeiterverband vorliegen. Zur Charakterisierung etwas aus
dem Unterstützungs- und Beitragswesen. Dem Fabrik-
arbeiterverband der Vorwurf gemacht, seine Beiträge seien zu niedrig, und
keine Unterstützungen zu hoch. Bei genauerem Nachrechnen und
Vergleichen zwischen den drei in Frage kommenden Organisa-
tionen ergibt sich jedoch, daß bei Berücksichtigung der längeren
Dauerzeit, des Zahlens von Beiträgen während des Unter-
stützungsbezugs, der Dauer der Organisationszugehörigkeit und
der Unterstützungsdauer im Fabrikarbeiterverband auch keine
höheren Unterstützungsätze in den vorhan-
denen Beitragsklassen bestehen, als bei uns.
Für die wenigen Klassen und Art der Unterstützungen ergeben
sich einige Unterschiede, die teils zugunsten, teils zu Ungunsten
eines Teiles unserer Mitglieder sich auswirken. Wer also
wegen der angeblich zu hohen Unterstützungsätze im Fabrik-
arbeiterverband nicht für einen Zusammenschluß mit ihm ein-
treten zu können glaubt, irrt sich ganz gewaltig. Nach dieser
Richtung können, noch dazu nach der Neuregelung, wahrlich
schwerwiegende Gründe nicht mehr in den Vordergrund gestellt
werden, und die Anhänger gerade dieser Bedenken tun gut,
sich von vorhandenen Mängeln nicht zum Anlaß zu nehmen, einen
Wahlzettel abzugeben, sondern zu prüfen, ob nicht die tatsächlich
vorhandenen Verhältnisse im Unterstützungs- und Bei-
tragswesen mehr berücksichtigt werden müssen, als die paar noch
nicht völlig beseitigten Mängel. Also auch in dieser Frage wird
die Ueberlegung und Nachprüfung manchem Verschmelzungs-
gegner den Weg zur Vernunft zeigen, den er dann mit dem Wahl-
zettel in der Hand ohne Gewissensbisse beschreiten kann.

Die angeblich zu hohen Unterstützungsätze und angeblich zu
hohen Beiträge im Fabrikarbeiterverband sollen schuld an
dem angeblich nicht hoher Kampffähigkeit sein. Die Zahlstelle
Dresden bringt ja in dieser Nummer der „Amelie“ noch zum
Ausdruck, daß dort die Kampffähigkeit nicht intensiv genug sei.
Diese Behauptung wird wohl aufgestellt, aber keinerlei Beweis
dafür erbracht, er kann auch gar nicht erbracht werden; denn
die Anschauung ist lediglich eine Gebankombination. Jeden-
falls geht aus der Jahresabrechnung von den Verbänden her-
vor, daß der Fabrikarbeiterverband zu anderen Organisationen
und zu uns eine ganz erhebliche Summe für Kampfwende im
Jahre 1925 aufwenden konnte, und auch nicht schlechter gewirt-
schaftet hat als andere Gewerkschaften. Eine unbeweisbare
Kombination bei der jaigen Entscheidung in den Vordergrund
zu stellen und den Anschluß an den Fabrikarbeiterverband des-
wegen verneinen, wäre ein Fehler, den sich kein Kollege und
keine Kollegin zuschulden kommen lassen sollte.

Dann ist es noch verkehrt, sich von Stimmungen in einzel-
nen Bezirken und Orten beeinflussen zu lassen, weil angeblich
dieser und jener Angestellte nicht besonders beliebt ist, oder
weil das schöne Eigenleben mancher Porzellanfabrikstelle ge-
stört wird, oder weil gar Chemiarbeiter, Arbeiter in Papier-
fabriken und sonstigen anderen dem Fabrikarbeiterverband zu-
stehenden Industrien und Glasarbeiter in einer Orts- oder
Bezirksabteilung vereinigt werden. Die Funktionäre in Tiefen-
furt haben in ihrer Verwaltungsführung eine derartige Haltung
eingenommen. Sie empfehlen die Ablehnung, weil bei einer
evtl. Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband eine Ab-
stelle die Tiefenfurt mit über 600 Mitgliedern aufgelöst werden
soll. Wenn unser Verband durch eine Verschmelzung aufgelöst
wird und in einer anderen Organisation aufgeht, kann doch vor
einer Abstelle nicht Halt gemacht werden, wenn die Möglich-
keit und schließlich die Notwendigkeit zur Vänderung im Inter-
esse des Gesamtwohls vorliegt. Derartige Gründe können un-
möglich bei der kommenden Entscheidung als stichhaltig in
Scheinverfälschung gerückt werden, und es wäre zu wün-
schen, daß auch in dieser Beziehung unsere Mitgliedschaft in
Tiefenfurt und evtl. anderen Orten ihre Bedenken fallen lassen
würden. Der durch die kommende Verschmelzung in Bezirken

einander, daß dies und jenes hätte anders gemacht werden
sollen, können aber nicht nachweisen, daß die
Haltung und die Beschlüsse des Vorstandes
und Beirates grundsätzlich falsch waren, daß
ferner die Möglichkeit eines Zusammen-
schlusses mit einer anderen Organisation
bestand.

Der Kollege Uhlmann macht ja in seinem nachfolgenden
Artikel den Versuch, und stützt sich dabei auf die Lage der
Dinge, nach ihm auf vorhandene Tatsachen, die in Dresden re-
spektiert worden seien. Er vergißt dabei nur, zu erwähnen, daß
der Stand der Dinge, also die derzeitige vorhandene Lage, sich
inzwischen änderte. Diese Vänderung ist bei der Beur-
teilung der Dresdener Oppositionsvertreter nicht berücksichtigt
worden. Sie haben wohl die Vorstands- und Beiratsbeschlüsse
in der Verschmelzungsfrage mißachtet, haben trotz Verständig-
ung mit allen Verschmelzungspartnern, auch dem Baugewerk-
bund, die als unmöglich anerkannte Verschmelzung mit diesem
propagiert — sie tun das sogar heute noch — und wollten nicht
sehen, daß den Glasarbeitern ihr beschlossener Anschluß an den
Baugewerkbund von diesem nicht gutgeheißenen und vollzogen
wurde zu einer Zeit, als bei uns die Generalversammlung noch
nicht ausgeschrieben war. Selbst wenn die Genannten aus
diesem Vorgang keine Schlüsse zu ziehen vermochten, hätte ihnen
der weitere Verlauf unserer Verschmelzungsangelegenheit bei
den Entscheidungsverhandlungen unter dem Vorsitz der Ver-
treter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Bei-
sein und unter Mitwirkung aller an der Verschmelzung inter-
essierten Organisationsvertreter und die dort erzielte
Einigung über unseren und der Glasarbeit-
ter Weg genügend Aufschluß geben müssen. Weitere Auf-
klärung hätten sie aus den Beschlüssen und den Veröffentlichun-
gen über die Verschmelzungsangelegenheit schöpfen können. Sie
trachteten nicht danach. Unsere Dresdener Gegner der Ver-
schmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband warten auf eine
Widerlegung des Vorsitzenden des Baugewerksbundes, der auf
unserer Generalversammlung um uns warb. Die Widerlegung
ist erfolgt bei der gemeinsamen Verständigung über den von uns
zu gebenden Weg, sie ist erfolgt auf der Beiratsitzung der Glas-
arbeiter im November 1925. Aber unsere Dresdener Unerchüt-
terten warten heute noch darauf. Sie haben gelesen, daß der
Genosse Paepow auf der Beiratsitzung der Glasarbeiter,
also vor einem zur Entscheidung zusammengerufenen Forum,
den Voranmelten sagte: „Wir wünschen eine organische Ent-
wicklung, und wenn ihr Glasarbeiter nicht das Sagen, wenn ihr
den Verband sprechen läßt, dann führt unser Weg zum Fabrik-
arbeiterverband. Wir würden uns freuen, sagen zu dürfen, daß
auch wir an dieser Lösung mitgearbeitet haben.“ Alle diese
Vorgänge kümmern unsere unentwegten Dresdener Schreiber
nichts. Sie wollen es noch deutlicher hören, wohin sie gehö-
ren. Sie mißachten tatsächlich die Ratsschlüsse der an unserer
Verschmelzung mit beteiligt gewesenen Gewerkschaftsführer
Leipart, Grammann, Paepow, Bren, Girbig, Wollmann; denn
sie schenken ihnen ja keine Beachtung. Noch vor vierzehn Tagen
hielten sie ja den Anschluß an den Baugewerkbund für das Ge-
gebene, und aus ihren diesmaligen Darlegungen ist auch keine
bessere Einsicht heraus zu lesen. Wenn Kollege Uhlmann auch
die Feststellung als Herabwürdigung empfindet, so ist ihm nicht
zu helfen. Im Interesse der Klärung muß sie gemacht werden.

Kollege Uhlmann verweist nachfolgend noch darauf, daß
eine zeitlich längere Aussprache zur Begründung der Stimmung
der allgemeinen Mitgliedschaft notwendig gewesen wäre. Die
bisherige Stellungnahme der Mitgliedschaften, die unbeeinflusst
vor sich ging, ließ jedoch erkennen, daß die Zeit genigte. Bis
zu gegenwärtigen Zeitpunkt kann wohl mit Recht ausgesprochen
werden, die Mehrheit der Mitglieder trat den Beschlüssen des
Vorstandes und Beirates bei. Es wäre auch im Interesse des
Schicksals unserer Organisation besser, daß auch die Kollegen-
schaft die maßgebenden Gründe, die zu den allein möglichen Be-
schlüssen des Vorstandes und des Beirates geführt haben, an-
erkennen, und es wäre dienlicher für das zukünftige Zusammen-
arbeiten im Fabrikarbeiterverband, dies rechtzeitig einzusehen,
und diese Meinung zu vertreten, ist richtiger, als sich auf lang-
jährige Mitgliedschaft und Organisationsstabilität berufen. Man
vergisst sich dabei nichts.

Zum Schluß soll noch zum Ausdruck gebracht werden, daß
unsere Mitglieder nicht etwa überspannte Hoffnungen auf die
Verschmelzung in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise setzen sollen.
Sie werden nicht dauernd streiken, sie werden nicht mit einem
Schlage übermäßige Vorteile erringen können. Auch eine Groß-
organisation ist dem Unternehmertum gegenüber nicht all-
mächtig. Nicht allein die Zahl wird ausschlaggebend für unser
Wirken und unsere Erfolge sein, sondern der gewerk-
schaftliche Geist, der lebendige Wille, die ge-
festigte Kraft und die Opferwilligkeit. Mit dem
Keramischen Bund schaffen wir etwas Neues, etwas zu Gestal-
tendes, das noch ausgebaut, ergänzt werden muß. Die Statuten
mögen noch so unvollkommen, oder noch so klar sein, die Er-
fahrungen müssen doch erst gesammelt werden, die ein reichungs-
loses, fruchtbares Zusammenarbeiten der Glieder ermöglichen.
Keine Organisation kam bisher über die Dinge hinweg. Auch
bei uns wird das in Zukunft der Fall sein.

Wollen wir schaffen, daß unser gewerkschaftlicher Geist le-
bendig bleibt, daß er anregend wirkt, daß er uns auch im Ke-
ramischen Bund vorwärts bringt. Dann wird uns die Zukunft
sicher sein.
Tretet deshalb den Beschlüssen des Vorstandes und Beirates bei!
Stimmt für den Anschluß an den Fabrikarbeiterverband!
E. N.

Volksentscheid!

Volksentscheid, Volksentscheid!
Endlich, endlich ist es so weit!
Genug geschrieben, genug beraten!
Nu aber ran an die Potentaten!
Mit den Flügeln flattert der Follernaar:
Die heiligsten Güter sind in Gefahr!
Es geht um den Geldsack, Wilhelm von Doorn.
Kein Dolchstoß von hinten, wir kommen von vorn.
Auf Straßen und Plätzen ein reissiges Heer.
Das Volk kennt keine Parteien mehr!

Volksentscheid, Volksentscheid!
Das ist die wahre Gerechtigkeit!
Abgemeldet werden die Drohnen!
Was sie stibitzten auf goldenen Thronen,
Gebt Schloß für Schloß und Stück um Stück
An die alten Eigentümer zurück.
Für die Witwen und Waisen, die Blinden und
[Lahmen,
Die um euch, ihr Herren, ins Elend kamen.
Nehmt euch die Sache zu Gemüte,
Ihr Fürsten zweiter und dritter Güte:
Die weiße Frau schlürft durch das Haus
Und seufzt elegisch: „Das Spiel ist aus!“

(Henning Duderstadt in „Lachen links“.)

und Orten herbeigeführte Zustand ist doch kein für Ewigkeiten
unverrückbarer. Wenn Vänderungen bedingt sind, werden sie
vorgenommen werden müssen. Ueberhaupt dürfen Stimmungen
bei einer Entscheidung nicht als ausschlaggebend in den Vor-
dergrund geschoben werden. Nach Stimmungen ist auch nicht zu
handeln. Die realen Tatsachen müssen beachtet werden,
nach ihnen muß man sich richten, nicht nach Stimmungen
sich ein Urteil konstruieren, das dem Gang der nach allen Seiten
beachteten Entwicklung zuwider läuft.

Auch in diesem Zusammenhang ist zu beachten, daß die Ver-
schmelzung mit einer anderen Organisation gewerkschaftlich nicht
möglich war, sonst wären Vorstand und Beirat niemals zu
ihren richtunggebenden Beschlüssen gekommen und könnten die
Verantwortung nicht dafür tragen.

Nun noch einiges zu den Ausführungen der Gegner und
Kritiker der Beirats- und Vorstandsbeschlüsse. Wenn sie nur
gewarnt, wenn sie nur Vänderung erheischend gewirkt, wenn sich
ihre Darlegungen nur auf die Grundlagen und die Sonder-
sagen bezogen, wenn sie viel bessere Vorschläge gemacht, wenn
sie auch gewichtige Gründe angegeben, und eine gewerkschaftlich
verständigere Richtung gezeigt hätten, wäre ihr Standpunkt noch
berediger, aber nach dieser Sachlage, an der sich selbst nach
monatelanger Diskussion kein Satz ändern würde, muß ihnen
jede Berechtigung abgesprochen werden. Das sollten auch unsere
feberführenden Dresdener Oppositionskollegen allmählich ein-
sehen. Sie kommen ja nachfolgend reichlich zu Wort. Wer jedoch
in ihren Verhandlungen nach überzeugenden Beweisen für ihre
entgegengesetzte Stellungnahme sucht, ist stark enttäuscht. Sie
setzen sich lediglich in Worten mit dem Kollegen Wollmann aus-

Kollegen, Kolleginnen! Wirkt für den Volksentscheid am 20. Juni!
Für das Volk! Gegen die Fürsten!

Zur Kritik in der Verschmelzungsfrage.

Von Georg Wollmann.

Nachdem ich bereits in zwei längeren Aufsätzen, zusammen 10 Spalten, zu der geistigen Kritik Stellung genommen, glaube ich, das könnte genügen. Die Genossen Griesbach, Mierischke und Uhlmann sind aber anderer Meinung und brühten mir nochmals die Feder in die Hand. Sie stellen meine Schreibweise als unfaßlich dar. Ich habe mir deshalb meine Aufsätze nochmals selbstkritisch durchgesehen und kann nur sagen, daß die Diskussion jedenfalls viel ruhiger verlaufen wäre, wenn sie alle drei zusammen den zehnten Teil der Sachlichkeit und Gründlichkeit aufgebracht hätten, die ich für meine Person bewiesen habe. Ich habe mich nicht mit bloßen Behauptungen und Anschuldigungen begnügt, sondern habe mich bemüht, die Tatsachen sprechen zu lassen und Beweise anzuführen. Es ist wunderbar, wie feinsinnig die Genossen sein könnten, wenn etwas an ihre Haut kommt, die es aber für ganz selbstverständlich halten, daß Verbandsvorstand und Beirat öffentlich in unwarer Weise beschuldigt und heruntergehudelt werden. Nicht darüber habe ich geklagt, daß es eine eventuell auch scharfe Kritik bezw. eine Opposition geben kann, sondern über die Art der Kritik und der Argumentierung der Oppositionsführer. Ich hatte persönlich gar kein Bedürfnis, selbst etwas in der Verschmelzungsfrage zu schreiben in der Annahme, daß die Vorlagen für sich sprechen und auch selbst eine herbe Kritik vertragen können, und daß, nachdem Vorstand und Beirat, Gauleiter und Redaktion über alle Dinge vollumfänglich informiert waren, genug zuständige Federn in Bewegung kommen werden, um eine sachgemäße Diskussion zu bewältigen. Es war also gar nicht so von ungefähr, daß die Opposition als erste die Diskussion eröffnen konnte, und nun dreht man mir aus meiner Zurückhaltung einen Strich. Nachdem ich gesehen habe, daß die Opposition das ihr überlassene Vorrecht zu schlimmsten Angriffen gegen Vorstand und Beirat mißbrauchte, muß ich zugeben, daß meine Bescheidenheit ein Fehler war. Aber ich setzte eben bei unseren Gegnern Sachlichkeit voraus. Nachdem man gegen die verantwortlichen Körperschaften des Verbandes in unverantwortlicher Weise antrug, mußte ich zur Abwehr schreiben, daß war mir nicht. Ich habe also nicht angegriffen, sondern schrieb in der Abwehr, und daß die einigermaßen entschieden werden mußte, daß lag an den Angriffen, die mit Fähigkeit an wunderlichsten Auslegungen und sich selbst widerlegenden Behauptungen öffentlich festhielten. Griesbach unternimmt es, den Gauleiter Konferenzbericht zu verteidigen. Ich habe darin wirklich nicht belanglose Nebensächlichkeiten vermisst. Aber Nebensächlichkeit wäre es doch z. B. nicht gewesen, wenn in dem Bericht mit seinen überfliegenden Ausdrücken auch in Erscheinung getreten wäre, ob und wie man den zum Ausdruck gebrachten Unwillen durch sachliche Darstellung der bekannten Tatsachen und Auffassungen von Vorstand und Beirat in etwas gesteuert hätte. Auch die Kritik an der kurzen Zeitspanne ist mir nicht auf die Nerven gefallen, wohl aber die Tatsache, daß Griesbach sie trotz seiner Kenntnis der Dinge nicht auf ein unvermeidliches Maß herabgemindert hat und der von ihm gegebene Berichtsstoff sie mit viel Pathos in die Welt hinausposaunen konnte. Griesbach findet in manchen der Verschmelzung zustimmenden Berichten Zweispaltigkeiten und Widersprüche, die nicht leiden. Ich auch nicht. Aber ist es denn Widersprüchlichkeit, wenn man die Vorlagen als Grundlagen für die Verschmelzung ausreichend erachtet, um dann auf ihnen über kurz oder lang weiter zu bauen, nach gewissen Abänderungen zu streben? An der Verlängerung der Diskussionszeit von sieben auf neun Wochen stellt Griesbach den Erfolg der von ihm verteidigten Kritik fest. Griesbach weiß, daß die Verlängerung auf einen Antrag von Dresden zurückzuführen ist, der Berücksichtigung der Tatsache diente, daß in den Ablauf der Abstimmungsfrist die Pfingstwoche fallen würde, in Dresden aber diesmal die Pfingstwoche auch die Betriebsurlaubswache sein würde, eventuell viele Entweber von einer Reise oder von der Abstimmung ferngehalten werden könnten. Wenn Griesbach fragt, wen denn nun meine Seitenhieb über das bezüglich der kurzen Diskussionsfrist beklagte Erstaunen trifft, muß ich ihm schon sagen, da er, der an dem Erstaunen unmöglich teilnehmen konnte, nun die Verantwortung für den Bericht übernimmt, trifft er ihn, Griesbach, voll und ganz. Es ist mir nicht eingefallen, den fraglichen Bericht als inhaltlos zu bezeichnen, aber es waren eben nur Angriffe darin, und wenn ich diesen gegenüber spaltenlange Abwehr über mich, dann war — nach Griesbach — der Bericht gebiegen gewesen! Aber ich merke, daß Griesbach zu Wizen geneigt ist. Ich bin das aber jetzt bei der Sache gar nicht und unterlasse es daher, auf den Scherz von „mehr Lichter anzünden“, auf die Theorie von der segensbringenden Kraft, die stets das Böse tun muß, wenn sie Gutes schaffen will und anderes, z. B. „Zweiseitentheorie“, über die ich noch einige Belehrungen brauchen könnte, einzugehen. Da wird sich doch noch einmal Gelegenheit finden, gemüßigt darüber zu plaudern. An der Verschmelzung wird durch öffentliche Behandlung solcher Dinge doch zweifellos gar nichts mehr für oder gegen geleistet.

Nun zu Freund Mierischke. Der bleibt zäh. Zwar spricht er jetzt nicht mehr von Mehrheitswillen der Generalversammlung, aber ihm genügen jetzt die 20 Unterschriften unter dem Zirkulationsantrage in Magdeburg für den Baugewerksverband. 20 Stimmen in kurzer Zeit dafür gesammelt. Wir werden uns darüber nie verständigen können, weil ich mir nun einmal einbilde, daß die übrigen 32 Delegierten, die sich weigerten, den Antrag ebenfalls zu unterzeichnen, die mehreren waren. Mierischke beklagt sich, daß ich an seiner Arbeitersolidarität zweifelte; daran habe ich nicht gedacht, aber ich nahm an, daß er des Glaubens sei, daß es noch eine größere Anzahl Genossen mit Zunftsolidarität geben könnte, bei denen er mit seinem Hinweis auf die Gelehrten Eindruck machen könnte. Bei aller Vorsicht, mit der er den Hinweis geführt haben will, wäre die Vorsicht größer gewesen, wenn er ihn überhaupt unterlassen hätte. Ich bilde mir denn auch ein, daß durch meine Bemerkungen darüber ich innerorganisatorisch Verwirrungen notwendig gemacht habe, die sonst leicht möglich wären. Aber sei dem, wie ihm sei, ich glaube, Mierischke meint zu sehr nur das Solidaritätsgefühl, den Hilfswillen, und da muß ich doch deutlicher sagen, daß der bloße Zunftsinne nicht ausschlaggebend sein kann für die Unterscheidung zwischen Zunftsolidarität und Arbeitersolidarität. Mierischke hat doch nun einmal gesagt, daß man zu den Gelehrten stehen müsse, weil die Angehörigen schwerer zu organisieren seien. Ich weiß, wo ich jagte, wir finden deshalb dort eine größere Stützpunkt. Auch wenn dich wieder schmerzen sollte, muß ich es sagen, daß das zunftähnliche Organisationsgedanken sind, zunftähnliche Arbeits- und Operationsstrategie ist, etwa eine Art Kronprinz. Ich habe den Krieg schon damals so elend verloren haben. Was nützt uns denn die Stützpunkt, wenn die Kräfte nicht gedeckt sind. Wir müssen nach meiner bescheidenen Auffassung uns dahin und dementsprechend verhalten, die selbständige organisatorische Verbrüderung. Ich habe, wo der Unterzeichner die meiste Stützpunkt hat, über ausüben kann, das ist bei den Gelehrten. Wenn wir die als Unorganisierte, Schlechtbezahlte, Willens- und Widerstandslose in unserer Rücken haben, nützt uns vorn die größte Stützpunkt nichts. Sie drücken unsern Lohn, und wenn der Bauarbeiter-Lohn doppelt so hoch wäre, wie der unsere. Was nützt Mierischkes Anerkennung für den FVB, daß er ja Großes in der Organisierung der Gelehrten geleistet habe, aber, weil das doch ein andauerndes Geschäft sei, wollen wir ihm das lieber allein überlassen. Darin war doch Mierischkes Schreibweise einseitig. Wenn ich auf das Problem durch das Wort Arbeitersolidarität hinweisen wollte, dann schien mir das sehr notwendig und war sehr ernst gemeint, war sachlich geboten und kein persönlicher Angriff. Vielleicht wäre es besser gewesen,

gleich ausführlicher darüber zu schreiben; aber ich kann unmöglich zu jedem Stichwort, daß die Opposition unbilligerweise ausübt, fünf Spalten schreiben.

Den Kern der Sache zu treffen, soll ich hartnäckig unterlassen haben, weil ich nicht darüber schrieb, warum wir nach der Generalversammlung eine Diskussion nicht auskommen ließen. Die Gründe sind damals allen Zahlstellen mitgeteilt. Mierischke führt sie ja auch an. Ich bin nun einmal kein Wiederholer. Fast alle Zahlstellen haben sich damals mit der Tatsache und den Gründen des Vorstandes abgefunden; Dresden tut das nun partout nicht, und wenn ich noch zehnmal darüber schreibe. Also erlaßt mir diese Bredelle!

Erst wenn die Meinung der Mehrheit einwandfrei festgestellt gewesen wäre, hätten wir das Recht, einen unflüglichen Widerstand den Kopf zu waschen. Wann hältst du, Mierischke, etwas für einwandfrei festgestellt? Habt ihr mir nicht unendliche Mühe gemacht, einwandfrei festzustellen, was nicht der Mehrheitswille der Generalversammlung war?

Der Schlusssatz Mierischkes, daß den „Krominten“ eines Tages ob der Bundesgenossenschaft einer gewissen Seite die Haare zu Berge stehen werden, ist wieder einmal reichlich unklar. Er verächtlich! Wenn ihn nun wieder jemand „misk“ versteht? Mierischke, hältst du das für „reines Gold“?

Nun noch einige Worte zu Freund Uhlmann. Er irrt sich, wenn er meint, ich habe in großer Erregung zur Feder gegriffen. Erfreut war ich nicht, aber er wird wohl einsehen, daß auch die größte Erregung nicht durch zehn Spalten der Zeitung anhalten kann, da machen sich ganz andere Gefühle geltend. Daß ich von Stimmungsmache der Dresdener schrieb, wird dadurch verständlicher werden, daß ich den Berichterstatter von Ditzsch und den Gauleiter Griesbach den Dresdnern zählte. Das darf ich doch? Damit ist auch das Weitertragen der Opposition (der Art der Opposition) erklärt. Ob Griesbach seine Meinung von den Dresdnern hat oder sie von ihm, spielt bei mir keine Rolle. Es ist dieselbe Meinung und dieselbe Art der Argumentation. Gegen freie Meinungsäußerung habe ich grundsätzlich nichts, aber ich werde mich dagegen, daß man das Recht der Schimpffreiheit in Anspruch nimmt und daß schließlich jetzt nur ich das Maul zu halten habe, wenn man mich auf die Hühneraugen tritt. Daß Baepow uns sein Interesse zu erkennen gegeben hat und daß er es vielleicht noch hat, kann nicht ausschlaggebend sein. Dasselbe Interesse an uns hat auch der Fabrikarbeiterverband. Was der einzelne will, ist nicht maßgebend, so wenig wie unser Wille nach dem allein stehenden Peramarbeiterverband sich durchsetzen konnte. Daß der berühmte Dresdener Bericht an die „Ameise“ und nicht an den Vorstand gerichtet war, verbessert die Sache nicht. Die Dresdener wollten eben den Vorstand durch die „Ameise“ anfordern lassen, den Magdeburger Beschluß nicht auszuführen. Man suchte auf diese Weise Bundesgenossen dazu und wir, die wir zu Verhandlungen gezwungen waren, hätten uns mit den Dresdnern nebenher öffentlich auseinandersetzen müssen. Tschuwabohu! Und Uhlmann versteht wieder: „Wenn der Vorstand schon Magdeburg nicht gelten lassen wollte“, sagt er. Der Vorstand hat Magdeburg gelten lassen, aber Dresden wollte das doch verhindern! Soll ich das noch einmal haarfeln nachweisen? Bei solcher Art der Polemik könnte die Diskussionszeit auf 10 Jahre festgesetzt sein und würde sich doch als zu kurz erweisen.

Verantwortungslose Opposition?

Was von Vorstandsseite monatlang veräußert wurde, nämlich die Mitgliedschaften in der Verschmelzungsfrage aufzuklären, das will allem Anschein nach Kollege Wollmann jetzt, ich möchte sagen, fünf Minuten vor Tagesende, nachholen. Die Art, wie er das aber versucht, dürfte nicht nur in einer Mitgliedschaft Bedenken hervorrufen. Vor allem die Dresdener Mitgliedschaft, die wahrlich nicht erst seit heute oder gestern sich mit der Verschmelzungsfrage beschäftigt hat, dürfte über die Schreibweise unseres Verbandsvorsitzenden mehr wie verwundert sein. Im Interesse dieser Mitgliedschaft, aber auch nur deshalb, Kollege Wollmann, fühlt sich der Unterzeichnete verpflichtet, auf die Verantwortlichkeiten in Nr. 20 und 21 der „Ameise“ kurz einzugehen.

Schon die Einleitung zu seinen Artikeln zeigt, daß Genosse Wollmann in großer Erregung zur Feder gegriffen hat. Da ist es natürlich gar nicht zu umgehen, daß Darstellungen aus derselben liegen, die mit der Wirklichkeit nicht immer in Einklang zu bringen sind. Wollmann spricht von einer „Stimmungsmache, die mit einem Abwägen des Für und Wider nichts zu tun hat“. Nun, wir hatten es in Dresden wahrlich nicht nötig, in der Verschmelzungsfrage Stimmungsmache zu treiben. Wenn es in einer Frage, dann hat gerade in dieser von jeder Übereinstimmung zwischen Mitgliedschaft und Zahlstellenleitung bestanden, und wir sind hier wirklich nicht nach einer kurzen Aussprache zu einem Urteil gekommen. Und dies muß betont werden, obwohl die Urteilsbildung tatsächlich nicht allzu schwer war, denn wir hatten ja nicht die Absicht, vorhandene Tatsachen nicht zu respektieren. (Siehe Anschlag der Köpfer an den Baugewerksbund und überwältigender Mehrheitsbeschluß der Glasarbeiter für den BGV.)

„Die Opposition, die ich meine, hat ihren Ursprung und ihren Sitz in Dresden und ist von dort planmäßig weitergetragen worden. Ich verrate damit kein Geheimnis; usw.“ Mit Verlaub, Genosse Wollmann, für uns Dresdener ist diese deine Behauptung doch ein solches. Was bezweckst du mit solchen Redewendungen? Ein planmäßiges Weitertragen der Opposition erfordert doch wohl ein Inverbindlichwerden mit anderen Zahlstellen. Willst du uns bitte eine einzige nennen, mit der dies geschehen ist. Allerdings, du glaubst auf unseren Bericht in der Nr. 15 der „Ameise“ als Beweis für deine Beschuldigung verweisen zu dürfen. Hättest du vielleicht angenommen, daß auch nach der Eröffnung der Diskussion die mit dem vom Vorstand eingeschlagenen Weg nicht einverstandenem Zahlstellen sich der freien Meinungsäußerung enthalten sollen? Fast scheint es so. Hierbei unterlege ich es mir, aus das Inverbindlichwerden von Baugen mit Dresden einzugehen. Kollege Griesbach hat es wirklich nicht notwendig, sich seine Meinungen von der Dresdener Zahlstelle zu holen, das, glaube ich, hast du selbst schon erfindet.

Bei dem Fortsetzen der Fiktion des zweiten Absatzes meines ersten Artikels, Genosse Wollmann, muß ich tatsächlich an mich selbst nicht meine niederzuschreibenden Worte von einer der Gehänselten trübenden Empörung distanzieren zu lassen. Glaubst du, Kollege Wollmann, mit deiner ganz besonderen Art von Polemik diejenigen unserer Kollegen, die sich noch weniger mit der Debatte befassen, zu überzeugen, daß sie sich nicht mit der Materie befassen haben, forrigitieren zu können. Das kann ich mir nicht gut vorstellen, denn du, gerade du hättest dann andere Worte und Wendungen gefunden.

Kollege Wollmann verlangt von uns, daß wir wenigstens andeuten sollen, ob, wie und wann der von uns gewünschte Anschlag an den BGV sich ermöglichen lassen wird. Sonderbar, mehr wie sonderbar. Wollmann hat die ganzen Verhandlungen nach Magdeburg geführt und verlangt nun, daß wir über Dinge berichten sollen, deren Durchführbarkeit er doch wohl jedenfalls auf Grund seiner bei den Verhandlungen erworbenen Kenntnisse glaubt in Zweifel stellen zu müssen. Für die breite Masse der Mitglieder liegen die Dinge doch wohl wie folgt: Der Vorsitzende des BGV hat auf unserem Verbandstag in nicht mißzuverstehender Weise das Interesse seiner Organisation an der feinkamerischen Arbeiterschaft zu erkennen gegeben. Er hat auch in der ausführlichsten Weise die Gründe hierfür angegeben. Und dieses in voller Öffentlichkeit betonte Interesse an unserem Beruf ist meines Wissens von Verantwortlichen des BGV bis heute nicht widerrufen worden. Wenn in Sitzungen oder

anderswo etwas Gegenteiliges in Erscheinung getreten ist, können nicht wir, sondern nur Wollmann dieses wissen. Soll er es aber der Gesamtmittelgliedschaft unterbreiten; mit Bedenken uns zu befassen, haben wir keine Veranlassung.

Also bis heute ist der Weg zum BGV, wenn unsere Glieder es nur wollen, jedenfalls nicht verperrt. Und die Frage nach dem Wann? Nun, Kollege Wollmann wirkt uns gegen die Frage der Verantwortung auf; dieser bloße Hinweis genügt.

Jetzt muß ich Wollmann wörtlich zitieren: „So läßt sich gewissenhaft urteilen man in Dresden allerdings über die Lösung von Generalversammlungsbeschlüssen nicht inmaer, sondern gelegentlich den Vorstand aufgefordert, den Beschluß der Generalversammlung nicht zu beachten.“ Schreibt er. Das ist ein Schlag, der die Opposition bestimmt treffen muß. Aber der Genosse Wollmann, auch in diesem Punkte müssen wir uns eine kleine Korrektur deiner Auffassung gestatten. Hast du ein anderes Vorstandsmitglied den von dir in der dritten Seite meines ersten Artikels abgedruckten Dresdener Bericht von in die Hände bekommen? Nein. Der Bericht war von uns „Ameise“ zur Verfügung gestellt worden, nicht um von dem Vorstand eine Weisung zur Generalversammlung beschließen zu verlangen, sondern um darüber eine Diskussion in der Gesamtmittelgliedschaft herbeizuführen. Dies allerdings der Absicht, die Gesamtmittelgliedschaft für unsere Auffassung interessieren. Warum Genosse Menninger gerade über Dresdener Bericht einen Vorstandsbeschluß herbeiführte, zieht sich meiner Kenntnis. Auffällig ist es jedenfalls; demselben Zeit kam ein Bericht der Zahlstelle Schornberg (Ameise“ Nr. 42 vom 17. Oktober 1925) zum Abdruck, der gemäß dasselbe verlangte und doch nicht vom Vorstand anstandet wurde. Erst der Dresdener Bericht erschießt die letzten die bewußten Schritte. (Vorstandsbericht schreiben Nr. 42). Ob nun der Organisation besser gebient war durch die Abdruck Dresdener Mittelgliedschaft, die Verschmelzungsdebatte Generalversammlung innerhalb der Gesamtmittelgliedschaft zu führen, um das Interesse dafür allgemein werden zu lassen durch das Unterlegen derselben durch den Vorstand, Kollege Wollmann, können wir ruhig der Zukunft überlassen. Einmal steht schon fest: eine Dresdener Opposition würde es nicht geben, wenn durch eine Aussprache in der Gesamtmittelgliedschaft ein Mehrheitswille erkennbar wurde.

Die Erforschung des letzteren war aber notwendig, nach schon in Magdeburg zu erkennen war, daß du den Antrag durchaus nicht verstehen wolltest. Du hättest dann, als du kennen durftest, daß die Dresdener Mittelgliedschaft, ohne leicht über die notwendige Schärfe, das nötige Geschick und die genügende Erfahrung zu verfügen, mit ihrer, nur einem gewissen Instinkt heraus aufgestellten Prophezeiung, der erste Teil des Antrages 73 sich nicht mehr — ich betone mehr — verwirklichen lasse, Recht behielt, nicht den lieben G als Wegweiser anrufen brauchen.

Also wir müssen dabei bleiben, daß von unsterblichen Vorständen er schon Magdeburg nicht gelten lassen wollte und die ständige Organisation sich nicht ermöglichen ließ, erst die Stimmung der allgemeinen Mitgliedschaft ergründet werden muß bevor Verhandlungen mit dem FVB aufgenommen wurden.

Diese kurzen Ausführungen mögen genügen. Jeder einzelne Satz Wollmanns würde einer Erwiderung bedürfen, aber an hier stellt es sich heraus, daß die für die Diskussion zur Verfügung gestellte Zeit zu gering ist. Was soll Genosse Wollmanns Hinweis auf die Gelehrten und Ungelehrten? Er glaubt er, daß diese seine Ausführungen aufgenommen werden. Solche Ausführungen in Wollmanns Mund im gegenwärtigen Augenblick schmerzen mich.

Ein paar Worte zu den Ausführungen des Kollegen Menninger in der Nr. 22 der „Ameise“. Nachdem er in seiner Weise nochmals seinen bekannten persönlichen Standpunkt geschilbert hat, glaubt er den Kollegen Mierischke und Uhlmann dieses in besonders herabwürdigender Weise behandeln zu dürfen. Was soll mit den Namen der von uns gefassten Genossen Leipzig, Grammann und Weg bewiesen werden. Haben die erste in beiden den Weg zum FVB gezeigt? Und sollen wir als Vorzeilarbeiter in dieser rein organisatorischen Frage deshalb keine andere Auffassung haben dürfen? Und werden diese beiden Genossen nicht verlangen, zumindest solange nicht, bis man uns die Gründe für ihre Einstellung kennen lernen läßt. Persönlich möchte ich aber dem Genossen Menninger sagen, daß ich mir von ihm das Interesse an der Geschichte unserer Organisation, an deren Ausbau ich wirklich etwas länger mitarbeitete als er, nicht streitig machen lasse.

Max Uhlmann.

Nochmals zur Verschmelzungsfrage.

Obwohl es mir fernliegt, mir einzubilden, daß es meine bescheidenen Ausführungen gelingen könnte, die Meinung des Gen. Wollmann zu erschüttern, zwingt mich doch die mißverständliche Auslegung einiger Stellen meines Aufsatzes, auch im Interesse der zur Debatte stehenden Abstimmung eine Stellung vorzunehmen. Auf alles eingehen, wird wahrscheinlich der Raum der letzten Nummer vor der Abstimmung nicht gestatten.

Zunächst einmal hat kein Mensch, an wenigsten ich, gemängelt, daß der ominöse, so spät eingegangene Antrag nicht in Aussprache auf dem Verbandstag geführt hat, das beweist doch schon der Ausdruck, „beweiserweise zu spät eingebracht“. Die Bittierung dieses Antrages sollte nur dazu dienen, die Stimmung des Verbandstages, die es möglich machte, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit ein Antrag zugunsten des BGV in Unterzeichnung erhalten hat, aufzuzeigen. Wenn nun Wollmann sagt, daß unter den Unterzeichnern sicher auch solche waren, die davon eine Fortsetzung der Diskussion erhofften, so ist das eine Annahme, die auch mich berechtigt, anzunehmen, was für meine Zwecke günstig erscheint. Interessant ist das Zugeständnis, das der Gen. Wollmann macht, indem er sagt, wäre der Antrag rechtzeitig eingebracht worden, dann wären auch die Gegner desselben zu Wort gekommen, und er besonders für seine Autorität in Anspruch nimmt, soviel Einfluß auf die Delegierten gehabt zu haben, daß diese seiner Auffassung beigetreten würden.

Nun hat es der Abschnitt meines Artikels, der sich mit dem Eigenleben der Berufsangehörigen innerhalb der Zahlstellen befaßt, dem Gen. Wollmann ganz besonders angetan. Ich ist mir natürlich nicht eingefallen, solchen Widerstand, wie er z. B. darin liegt, daß mir Wollmann in den Mund legt, ich möchte zwei oder drei örtliche Verwaltungsstellen nebeneinander haben, zu schreiben. Meine Bemerkung sollte nur ausdrücken, daß nicht nur für die Spitze des keramischen Bundes, sondern in erhöhtem Maße auch für die Zahlstellen durch die Sondertätigkeiten festgehalten werden mußte, daß ähnlich wie im BGV, für die berufliche, nicht organisatorische, technischen Fragen, die innige Verbindung der keramischen Gruppe Bedingung sein muß. Gen. Wollmann sagt: „Um dies zu ermöglichen, ist ja eben die Spitze geschaffen, andererseits, wie sie ja auch nur eine kostspielige und überflüssige Instanz.“ Die Notwendigkeit für die Mitgliedschaften ist doch aber schon darum wichtiger, weil diese gehalten sind, die Voraussetzungen für die Arbeit der Spitze zu schaffen.

Das Schönste leistet sich aber Wollmann im vorletzten Absatz seines zweiten Artikels. Ich war des Glaubens, mich gerade bei der Besprechung dieser heiklen Frage so vorsichtig als möglich ausgesprochen zu haben. Gen. Wollmann bringt es fertig, mir Mangel an Arbeitersolidarität, dafür aber Zunftsolidarität zu unterstellen. Wer mich kennt, wird bestätigen müssen, daß ich der letzte bin, für den etwa der früher gang und gäbe gewesen Ausdruck, „Stückregenproletarier“ zutreffend war. Schon als ganz junger Mensch, als ich noch im Töpferverband Mitglied

... habe ich die Notwendigkeit, die ungelerten Kollegen für die Organisation zu interessieren, betont. Von jeder war es meine Überzeugung, daß geringe Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen dieser Arbeiter nicht früher oder später die Löhne und Arbeitsbedingungen der Gelehrten ungünstig beeinflussen müssen. Um so mehr muß ich verwundert sein, daß gerade der Herr Wollmann mich hier mißverstehen will. Er hat wohl aber ganz genau gewußt, daß er mit dem Breitziehen dieser meiner Ausführungen an gewisse Instanzen appelliert. Wir kam es mir nur darauf an, festzustellen, wo die größere Stohkraft gegenüber dem Unternehmertum zu finden ist. Das Urteil darüber überlasse ich gern den Kollegen, ungelerten sowohl als gelehrten.

Den Kern der Sache zu treffen, hat Gen. Wollmann in seinen Artikeln hartnäckig unterlassen. Diese mehr oder weniger persönliche Polemik wäre bestimmt nicht zu vermeiden, wenn die Vorgänge in der Verschmelzungstrage auf dem Verbandstag, nach diesem im Organ zu einer Ansprache geführt hätten. Die Dresdener Mitgliedschaft wollte mit der in der berichterstattenden Versammlung gefaßten und weitergeleiteten Resolution in erster Linie doch weiter nichts, als einen Aufstakt dazu geben. Da aber kam der Gen. Wollmann, resp. der Vorstand und beehrte uns, daß eine Diskussion in der „Ameise“ die Verhandlungen mit den in Frage kommenden Organisationen erschweren würde und demzufolge zu unterbleiben habe. Das ist eine recht nichtschöne Anschauung. Bisher ist den Verschmelzungsverhandlungen in anderen Verbänden eine sehr ausgiebige Diskussion vorausgegangen. Sind dabei auch Späne geflogen, so hat man sich doch ausgesprochen und letzten Endes die Meinung der Mitglieder ergründet, ohne den lieben Gott bemühen zu müssen. Wenn aber, wie bei uns, der Dualismus der Verschmelzungsmöglichkeiten erschwerend ins Gewicht fällt, ist eine eingehende Aussprache unter der Mitgliedschaft doppelt notwendig. Ist diese abgeschlossen und die Meinung der Mehrheit einwandfrei festgestellt, dann erst haben die Beauftragten das Recht, der Minderheit, die sich nicht fügen will, den Kopf zu waschen. Hat man aber, ohne der Mitgliedschaft Gelegenheit zur Auseinandersetzung gegeben zu haben, diese vor fertige Tatsachen gestellt, dann darf man sich nicht wundern, wenn diejenigen, die anderer Meinung sind, aufbegehren und es von sich weisen, für den Fall der Ablehnung als Brüggelnaben in Empfehlung gebracht zu werden.

Der Abstimmungsstermin steht fest, auch die sogenannte Opposition wird — das Resultat der Abstimmung mag ausfallen wie es will — sich dem Mehrheitswillen unterordnen müssen. Daß man dies erst sagen muß, erachtet notwendig in Folge der bonernen Philippika, die diejenigen über sich ergehen lassen mußten, die es einmal gewagt haben, nicht alles für reines Gold zu halten, was von den Kroninenten ausgegeben wurde. Diesen aber werden wohl ob der Mundesgenossenschaft einer gewissen Seite eines Tages die Haare zu Berge stehen.

Paul Wierstschke.

Zum Banziger Bericht.

Bergriffen im Ausdruck, nichtsagend in seinem Inhalt, jedoch schädigend durch seine Form, kurzum ein Beispiel dafür, wie ein Bericht nicht sein soll, ist nach der Abhandlung des Genossen Wollmann (siehe „Ameise“ Nr. 21) der Bericht über die Sanfkonferenz in Waizen.

Inwieweit nun diese Feststellungen den Tatsachen entsprechen und inwieweit durch Bekanntgabe von behandelten Details, auch Abänderungsvorschläge zu den Grundlagen, die meines Erachtens gar nicht erwartet werden konnten, dem Bericht Inhalt zu geben in der Lage gewesen wären, soll nachstehend untersucht werden.

Zunächst sei mir gestattet, darauf zu verweisen, daß mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit und Bestimmtheit die veröffentlichten Grundlagen, Sonder- und Regelstatuten, als der „Grundtext“ des Keramischen Bundes bezeichnet worden ist. Freilich ist erklärt worden, daß grundlegende Änderungen an diesen Satzungen nicht vorgenommen werden können, die Mitglieder sich mithin nur für Annahme oder Ablehnung auszusprechen und zu entscheiden haben. Ein kurzes Ja oder Nein, mehr konnte eigentlich bei dieser Sachlage nicht erwartet werden. Alles dazwischen liegende wurde durch den Charakter der Unabhängigkeit ausgeschaltet. Ueber belanglose Nebensächlichkeiten, die zugelassen waren, zu berichten, wäre zwecklos gewesen.

Ich bin nun der Meinung, daß der Bericht das zu erwartende Ja oder Nein in deutlicher Weise zum Ausdruck bringt. Mehr zu sagen war dazumal nicht notwendig, wäre verkehrt gewesen und hätte dem Schreiber höchstwahrscheinlich nur eine Belehrung über die Unzulänglichkeit des Beiwertes eingetragen. Trotz dieser Klarheit tut Genosse Wollmann in seiner Abhandlung so, als ob er sehr leicht auf das Beiwert gewartet hätte, als ob erst dadurch Anregung und Belehrung über die Verschmelzungstrage möglich geworden wäre. Der veröffentlichte Bericht bietet keinerlei Anregung für eine Diskussion, da er einseitig in einem der Verschmelzung abholben Sinne ausgelegt ist.

Wichtig ist, daß bei der Wichtigkeit und Bedeutung der Verschmelzung die Frage in den Bahnhallen und auch im Fachorgan erörtert werden muß. Es umfassender und gründlicher diese Ansprache, dieser Meinungsäußerung bis zu seinem natürlichen Ende der Mitgliederabstimmung erfolgen kann, desto besser. Genossen Wollmann wäre es unbenommen gewesen, bei der Kürze der Zeit bereits in Nr. 15 oder 16 seine Auffassung den Mitgliedern mitzuteilen, zumal er nach seinen eigenen Worten noch manches in dieser Frage zu sagen hat.

Die auf der Baugener Konferenz geübte Kritik an der Zeitspanne für eine Diskussionsmöglichkeit ist Genossen Wollmann sonderbarerweise auf die Nerven gefallen. Nach meinem Dafürhalten muß man bei nur einigermaßen gutem Willen die Berechtigung des Verlangens, längere Zeit zur Verfügung zu haben, anerkennen. Ist dem Genossen Wollmann nicht bekannt, daß in den Bahnhallen die Mitglieder von den vielfach mit anderen Dingen und betrieblichen Vorkommnissen belasteten und teilweise überlasteten Funktionären auch in dieser Frage Belehrung und Aufklärung verlangen. Mindestens muß man den Funktionären, die teilweise Abend für Abend für die Sache der Arbeiterchaft in irgendeiner Kommission wirken, die Möglichkeit zu eigener Information schaffen. Dies ist bei aller Notwendigkeit jedoch nicht das Ausschlaggebende.

Der Hauptgrund für eine Verlängerung ergibt sich aus der Tatsache, daß nach erfolgter Abstimmung eine Fortsetzung der Diskussion über das für und Wider zwecklos und widerständig wäre. Was zur Empfehlung oder zur Ablehnung der Grundlagen zu sagen ist, muß vor der Abstimmung gesagt und geschrieben werden. Ergibt die Abstimmung nach erfolgtem Meinungsstreit eine einwandfreie und beachtenswerte Mehrheit für die Verschmelzung, dann ist diesbezügliche auf der veröffentlichten Grundlage zur Tatsache geworden. Alle andersdenkenden Mitglieder werden sich in dem Mehrheitswillen unterordnen haben und als Gewerkschaftler auch unterordnen. Auch die Vertreter der Zweigeinstufigkeit, wie solche nach den Berichten in Nr. 21 auf der Konferenz in Magdeburg und in der Bahnhallenversammlung in Berlin anzusehen gewesen sein müssen, werden sich unterordnen und von ihrer Lieblingsidee, außerordentliche Verbandstage möglichst bald nach vollzogener Abstimmung einzuberufen, Abstand nehmen müssen. Unfassbar erscheint mir als Gewerkschaftler die in den Berichten zum Ausdruck gebrachte Zweifelhafte. Zu Beginn des Berichtes erklärt man, daß man mit den Ausführungen des Kollegen Apel einverstanden sei, die Grundlagen als geeignet für die Errichtung des Keramischen Bundes hält, und zum Schluß des Berichtes

verlangt man „außerordentliche“ Verbandstage, gleich nach der Abstimmung, zur Revidierung der als richtig anerkannten Grundlagen. Höher gehts nimmer. Unmöglich kann ich Mann und Weib in einer Person sein, vorn etwas für gut und richtig erklären, und hinterher sofort Vorbereitungen zur Beseitigung des anerkannten Guten einleiten. Eine solche Einstellung ist undenkbar. Entweder bin ich Befürworter der Grundlagen, dann habe ich kein Recht, dieselben hinterher zu bekämpfen, oder ich bin Gegner der veröffentlichten Grundlagen, dann habe ich die Pflicht, dies offen und ehrlich vor der Abstimmung zu bekennen und für Beseitigung der erkannten Geminnisse mit einzutreten. Sind sich die Kollegen mit Einschluß des Kollegen Apel, denn nicht bewußt, welche Wirkungen Anträge auf Vermeidung von Beitragssteigerungen, Einschränkung der Unterhaltungen usw. neben den politischen Forderungen auf die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes, mit denen man doch zusammenkommen will, nach dem ersten Teil des Berichtes haben müssen, nachdem die Leitung des Fabrikarbeiterverbandes uns die gegenteilige Regelung im Interesse der Verschmelzung in Nr. 20 der „Ameise“ bekanntgegeben hat. Die Verbandszeitung des FAW wird sicherlich kopfschütteln bekommen, wenn sie die Verichte zu Gesicht bekommt. Wer ehrlich die Verschmelzung will zum Wohle aller, der kann niemals solche Zwitterstellung einnehmen und das Resultat einer Mitgliederabstimmung gefährden.

Die Mitgliederabstimmung, gleich wie sie ausfällt, ist nach Ansicht der Vertreter des Saues Schlesiens und Sachsens voll zu würdigen; sie legt den Schlüsselpunkt hinter die Sache. Aus diesem Grunde erfolgte der Ruf nach Verlängerung der Diskussionszeitpanne, auf Minderung des Tempos im Interesse der Sache. Wer will bestreiten, daß dieses Verlangen nicht zweckdienlich für die Sache gewesen wäre? Hat nicht selbst der

Beachtet das!

Der am wenigsten beachtete Vertrag ist der Arbeitsvertrag. Ein Arbeiter fragt an, ob er Arbeit bekommen kann, der Betriebsführer oder Meister sagt „Ja“ — und der Arbeitsvertrag ist abgeschlossen. Leider wissen tausende von Arbeitern noch nicht, daß sie mit dieser Verpflichtung zur Arbeitsannahme zahlreiche andere Bindungen eingehen. Die Arbeitsordnung wird eingehend, der Empfang bescheinigt. Jedoch wer liest die Vorschriften der Arbeitsordnung richtig durch, obwohl sie sehr wichtig sind. Es besteht für das betreffende Gewerbe eine Lohnordnung und ein Tarifvertrag. Mit dem Abschluß des Arbeitsvertrages übernehmen Arbeiter und Unternehmer die Verpflichtung dieser Verträge. Der Lohnvertrag ist den Arbeitern in der Regel bekannt, wie sieht es aber mit dem Rahmenvertrag aus? Nebenher läuft noch ein besonderes Abkommen über die Arbeitszeit. Welcher Arbeiter kennt hier alle Bestimmungen, die ihn betreffen und weiß sie zu seinem Vorteil auszunutzen.

Ueber all diesen Fragen schweben ferner eine Reihe von gesetzlichen Verordnungen. Die Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918“ besteht noch zum Teil. Seit dem 21. Dezember 1923 haben wir ferner noch eine „Verordnung über die Arbeitszeit“. Besonders Interesse für den Arbeiter muß schließlich auch die „Schlichtungsverordnung“ vom 30. Oktober 1923“ mit ihren zahlreichen Ausführungsbestimmungen haben. Die gleiche Bedeutung haben nicht zuletzt auch die Bestimmungen des „Betriebsratsgesetzes“, der „Gewerbeordnung“ und das Bürgerliche Gesetzbuch.

Alle diese Bestimmungen, Gesetze usw. stehen in irgendeiner Beziehung mit dem eingegangenen Arbeitsvertrag. Wir sehen also, wie außerordentlich vielseitig die Beeinflussungen des scheinbar so einfachen „Arbeitsvertrages“ sind. Welcher Arbeiter oder Angestellte ist in der Lage, sich ohne Schaden durch die zahllosen Sätzungen und Machten hindurchzuarbeiten? Von tausenden kaum einer. Wie würde es um die Arbeiter bestellt sein, wenn nicht die Gewerkschaften oder deren Beauftragte diese Bestimmungen und Gesetze nicht überwachten und für deren Durchführung besorgt wären? Ganz davon zu schweigen, daß die Arbeiterchancen erst von den Gewerkschaften erobert werden mußten. So wird der gewerkschaftliche Zusammenhalt an tausend Dingen, die in das tägliche Leben des Arbeiters tief eingreifen, jeden Tag als eine unbedingte Notwendigkeit handgreiflich vor Augen geführt. Warum in aller Welt gibt es noch Arbeiter und Angestellte, die der Gewerkschaft noch nicht angehören?

Vorstand erkannt, daß die 7-Wochenfrist in eine solche von 9 Wochen umgestaltet werden müßte? Ist durch diese Verlängerung die Berechtigung der Forderung nicht bewiesen und anerkannt worden? Das zu bestreiten, dürfte wohl niemand gelingen. Mithin stelle ich fest, daß in diesem Punkte der mit Erlaunen geschmückte Bericht durchaus nicht ungünstig, sondern günstig für die Sache gewirkt hat. Wen trifft nun, Genosse Wollmann, der Seitenhieb?

Das Weglassen der Details über das für und Wider und der ersten Erörterungen sei in bewusster Weise zur Erzeugung von Widerwillen gegen die Verschmelzung und zum Zweck der Verfehlung geschehen, wird an einer anderen Stelle verkündet. Stimmungsmaße sei das Ganze.

Wahrhaftig, Genosse Wollmann, das Gruseln könnte einem ankommen ob solcher Böswilligkeit und Verschlagenheit des Berichtschreibers. Der Kerl hat verdient, daß er nicht nur in Acht und Bann getan wird, sondern zugleich auf den Scheiterhaufen gestellt wird. Angeichts solcher Böswilligkeit wäre es doch das Richtige gewesen, du hättest gleich noch ein paar Richter mehr angezündet, damit das El in Staub und Asche sich auflösen müßte. Warum hast du dies denn unterlassen? Nun, aus dem einfachen Grunde, weil du als Person genau weißt, daß solche untergeschobenen Absichten gar nicht anzutreffen sind. Du bist dir vollständig im Klaren, daß deine Schlussfolgerungen nur bombastisch aufgebaute Behauptungen darstellten, die dir allerdings als Appell an gewisse Instanzen passend erschienen.

Ist es nicht eine Widerinnigkeit, wenn man über einen angeblich inhaltslosen Bericht spaltenlange Erörterungen schreibt? Sind nicht vielmehr deine eigenen Erörterungen Beweis dafür, daß der Bericht Inhalt schon gehabt haben muß? Sie müssen als Beweis dafür angesehen werden, wenn nicht Genosse Wollmann seine ersten Erörterungen (und er wird doch nicht bestreiten, daß seine Ausführungen erst gemeint sind) nicht selbst diskreditieren will.

Auf ein Nichts, oder nur auf ein Wenig kann sich nur Schaumblasegrei stützen, erste Erörterungen müssen schon sachliche und im Ausdruck bestimmende Erläuterungen zur Vorklärung haben.

Wenn ich mir ohne Voreingenommenheit, in vollständiger Ruhe die lange Epistel des Genossen Wollmann auch gegen die Kollegen Wierstschke und Uhlmann betrachte (es geht ja durchaus an), kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, als ob dem Genossen Wollmann leise Zweifel an der Richtigkeit der diffidierten Art und Weise, wie solche bei uns zur Erledigung der Verschmelzungstrage anzutreffen ist, gekommen wären, und er nun heizeln sich auf die Suche nach Lidenbüchern macht. Einige Stellen seines Ergusses werden nach dieser Richtung hin sehr deutlich.

Es ist immer besser, als vorsichtiger Mann, vor allen Dingen, da man ja noch nicht bestimmt weiß, welches Resultat die Abstimmung bringen wird, sich rechtzeitig nach Subjekten um-

zusehen, auf die sich dann die Schale des Hornes voll und ganz ergeben soll. Auf diese Weise behält man immer recht. Die Vorgesetzten, die Mitarbeiter sollen die Kritiker, die Oppositionellen sein, denen man Einseitigkeit vorwirft und sonderbarerweise, nachdem man denselben Sachkenntnis abgefragt hat, sachliche Vorschläge abfordert, die sie böswillig verschwiegen haben wollten. Nun habe ich schon eingangs nachgewiesen, daß es hauptsächlich auf das klare Ja oder Nein ankommt, doch soll nachstehend noch kurz auf die die unabhängige Sache nicht einwirkenden Details eingegangen werden. Mindestens wird dadurch ein nochmaliges Aufhängen der Kritiker verhindert. Da aus den Abhandlungen der Kollegen Uhlmann, Wierstschke und Wesp, wie aus den Berichten der Bahnhallen Tiefenfurt und Schmiedeberg i. N. ein Teil der Erörterungen der Baugener Konferenz zu ersehen war, kann ich mich kurz fassen. Abgesehen von der veröffentlichten Resolution als Willensäußerung der Mehrheit und der dem Büro eingereichten Entschließung für die Ausarbeitung neuer Grundlagen und eines Gesamtstatuts, bezog sich die Diskussion auf das Beitrags- und Unterhaltungswesen sowie die Unterhaltungsarten, die zu großen Bedenken Anlaß gaben.

Als Abänderungsbedürftig wurden sowohl die Unterhaltungsarten wie die Sätze behandelt. Eine Beibehaltung sei im Hinblick auf die statutenmäßige zünftigen Beitragsarten und die Unterhaltungsarten trotz 8 wöchentlicher Beitragsbeiträge mitragbar. Durch solche Kreditaufnahme auf der einen Seite und der Zahlung von Unterhaltung auf der anderen Seite müsse die erstrebte Kampfkraft in Frage gestellt werden. Die längere Karenzzeit zur Anspruchsverbürgung und die Zahlung des Beitrags während des Bezugs von Unterhaltung sind als vollwertige Gegenmaßnahmen nicht anzupreisen. Willensäußerungen zur Erhaltung der Selbstständigkeit der Bahnhallen oder deren Zusammenlegung mit Beizung einer branchenfürdigen Kraft stützen auf Erfahrungen und Berechnungen, vor allem in der Kostenfrage. Man war nicht allgemein der Auffassung, daß das Bezirkszahlstellensystem des FAW mit einem Angestellten verwaltungstechnisch immer das zweckmäßigere und billigere Verfahren sei. Auch die bisherige Mitarbeit, die durch die Selbstverwaltung der Geschäfte zweifelsohne gefördert worden sei, müsse erhalten werden, wenn Rückschlüsse ausgeschaltet werden sollen. Die Grundlagen und die Sonderfassung wurden besprochen und zum Ausdruck gebracht, daß größere Garantien für die Willensäußerung der Mitglieder vor allem auf den künftigen Verbandstagen gefordert werden müssen. Hervorgehoben sei besonders, daß sich die Befürworter, der Grundlagen besonders in der Beitrags- und Unterhaltungsfrage bemüht haben, den Nachweis zu erbringen, daß es beim Baugewerksbund in bezug auf Arten und Sätze auch zu aussehe und dann ferner beachtet werden müsse, daß von unsern weiblichen Mitgliedern doch nicht solche Beitragsätze und evtl. hohe Extrabeiträge gefordert werden könnten, wie solche der FAW verlangte. Die damals bekannte Beitragsätze des FAW hielt man für ausreichend. Was ist nun inzwischen in der Beitragsfrage eingetreten? Die Leitung des FAW gibt in Nr. 20 unersetzliches Fachblattes bekannt, daß sie die Ueberzeugung gewonnen habe, daß aus den und den Gründen die Aufrechterhaltung der Unterhaltungsarten und Sätze nur durch eine Beitragssteigerung von 5 Pf. für die untersten Klassen, von 10—20 Pf. für die mittleren und von 30—50 Pf. für die höheren Beitragsätze ab 1. Juli möglich ist. Gleichzeitig hofft die Leitung des FAW, dem Kampffond dadurch wieder größere Beiträge zuführen zu können. Ich beabsichtige keine Kritik des Beschlusses, sondern erwähne denselben nur zum Beweis für die von den Kritikern betonte Notwendigkeit, in dieser Frage ein besseres Verhältnis als bisher herbeizuführen; die Grundlagen und die Vorbedingungen für die Zukunft dadurch auf eine sichere Basis zu bringen. Bedauerlich ist, daß zurzeit keine Möglichkeit besteht, den § 14 des Statuts des FAW ebenfalls einer Revision zu unterziehen. Dadurch würden die Sicherheiten noch vergrößert. Ich stelle also auch hier fest, daß die geforderten Änderungen und die Sachlichkeit der Kritiker durch den Beschluß der Leitung des FAW anerkannt worden sind, die beschuldigte Tendenz mache sich als fördernd für die Verschmelzung gezeigt hat. Zu wünschen wäre nur, daß unsere Untertanen, Genosse Wollmann eingeschlossen, dem Beispiel des FAW folgen würden, die Anregungen der Gegenseite etwas mehr beachten und prüfen würden. Stimmungsmaße ist es nun einmal nicht.

Der Beschluß der Leitung des FAW enthebt mich der Aufgabe, noch besonders auf die als „Schlagworte“ bezeichneten Ausdrucksworte und Sätze wie: Kampfkraft — Grundlagen bieten keine Sicherheit — Erörterungen müssen in Rechnung gestellt werden usw., einzugehen. Auch für dies Gesagte ist er die Bestätigung der Richtigkeit.

Einige Worte zum Stil und der Ausdruckweise. Ein Bericht wird sich jeberzeit von einem Artikel, einer Abhandlung auf Grund seines Charakters unterscheiden. Beim Bericht wird immer darauf zu sehen sein, daß er bei Zuhilfenahme ausdrucksfähiger Stichworte die vorgetragenen Meinungen der Anwesenden in knappen Sätzen festhält. Umschreibungen einer Sache im Stile eines Redekunstlers müssen auf jeden Fall vermieden werden. Anders liegen die Dinge bei einem Artikel. Hier kann von der Einhaltung der knappen Form nicht immer Gebrauch gemacht werden. Bei der Beurteilung eines Berichtes ist die persönliche Einstellung zum Bericht immer das Ausschlaggebende. Der eine findet ihn wertvoll, ein anderer beachtenswert, der dritte wertlos. Werturteile stellen solche Auffassungen nicht dar.

Zum Schluß noch eine kleine, zahlenmäßige Angabe. Der Vorwurf der Verschleierung und Einseitigkeit ist mir durch die Nichtveröffentlichung der Zahl der Vertreter geworden, die die Grundlagen abgelehnt haben. Ich hätte dadurch die Minderheit als unbeachtlich hinstellen wollen. Das Gegenteil ist nun auch hier richtig. Das Wegbleiben der Zahl ist erfolgt, damit die Minderheit als beachtlich in die Erscheinung treten sollte. Bei gleichzeitiger Mitveröffentlichung der andern Zahl wären Erläuterungen nachstehender Art notwendig geworden.

Richtig gestellt muß erstens werden, daß zum Gau nicht 19, sondern 22 selbständige Bahnhallen gehören; 8 liegen davon in Schlesiens und 14 in Sachsen. Von diesen haben laut Protokoll, da nur 4 Bahnhallen gefehlt haben, 18 Bahnhallen Vertreter entsandt. Dein Genährsmann, Genosse Wollmann, hat sich also in diesem Punkte geirrt. Die 14 Stimmen verteilen sich auf die Vertreter von 5 Bahnhallen, wovon 3 in Schlesiens und 2 in Sachsen liegen, und die 2 Vertreter von Dresden. Auf 2 Bahnhallen, eine schlesische und eine sächsische, entfallen die 7 Stimmenhaltungen, mithin haben 10 Bahnhallen, die meistens nur einen Vertreter in Rücksicht auf die Kosten besaßen hatten, im Verein mit den übrigen 6 Vertretern von Dresden für die Ablehnung der Grundlagen und für den Baugewerksbund gestimmt. Wären die 10 Bahnhallen in derselben Verhältnisstärke wie die 5 Bahnhallen vertreten gewesen, dann hätten nicht nur 18, sondern 28 Delegierte für den Anschluß an den Baugewerksbund gestimmt. Da nun nach dem Bericht 39 Delegierte anwesend waren, wovon 14 für die Grundlagen ihre Stimme abgegeben hatten, verblieben im Höchstfall noch 25 Stimmen für die andere Seite. Hinzuzufügen muß ich noch, da auch Kollege Lantermann, ebenfalls von falschen Voraussetzungen ausgehend, Ausführungen zu der Abstimmung macht. Die Bemerkung des Kollegen Lantermann, die Entschließung wäre nicht aufzubegeben, ist mehr wie gewagt, zumal auch er drei vertretene Bahnhallen einfach streicht. Also, Genosse Wollmann, bitte, wo steht hier die Bosheit? Ist das Verhältnis nun besser geworden, erscheint die Minderheit nun beachtenswerter als wie zuvor? Ich glaube nicht, glaube aber, daß Kerger ein schlechter Berater zu sein scheint.

Auf die Erwiderung des Kollegen Herrn. Bogner in Nr. 22 der „Ameise“ nur der Satz, daß diese Erwiderung mit Beweis dafür ist, daß er Ruhe nach allen Seiten hin vorzuziehen hat. T. Griesbach.

Hinein in den F.W.B.!

Ob wir im Baugewerksbund oder im Fabrikarbeiterverband besseren Anschluss finden, ist eine Frage, die kein Kollege mit ja oder nein ohne weiteres beantworten kann. Im Baugewerbe ist die Sommerarbeit bestimmend, und bei uns die Fabrikarbeit. Auch hier würde nach langen Diskussionen wohl ein Einlass zu erreichen sein. Doch wozu dergleichen Erörterungen? Wir stehen vor der Tatsache: Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband. Zum Fabrikarbeiterverband gehört auch die chemische Industrie. Die Löhne in derselben sind höher als die Löhne der Bauarbeiter in mittleren und kleinen Städten im ganzen Reiche.

Hat man uns doch berichtet, daß die Fabrikarbeiterlöhne in Sachen über unseren Facharbeiterlöhnen stehen.

Wenn nun in Schlesien Fabrikarbeiterlöhne gezahlt werden, die noch unter den Porzellanarbeiterlöhnen stehen sollen, so soll uns doch die Verschmelzung die Kraft bringen, auch in diesen rückständigsten Gebieten den Organisationsgebauten zu geben, die Verhältnisse zu bessern, die Löhne zu steigern. Wenn Wächlein zusammenschließen, wird der Strom, der allen Schlamm und Unrat mit sich fortreibt.

Was soll das heißen: Der Sperling in der Tasche sei für viele sicherer als die Taube auf dem Dach?

Wir sollen doch gar nichts in Besitz nehmen, sondern unsere Kräfte mit den Glasarbeitern gemeinsam dem Fabrikarbeiterverband zur Verfügung stellen. Unter Wahrung unserer Selbstständigkeit als „Keramischer Bund“ stoßen wir zum Fabrikarbeiterverband, und als solcher nehmen wir den Kampf auf gegen Unterdrückung, für gerechte Entlohnung unserer Verbandsmitglieder.

Auch die Klage der Zahlstellen, welche ihre Selbstständigkeit bedroht sehen, ist zu verstehen. Traditionen, an denen man gelehrt, verschwinden scheinbar, und doch muß dieser Standpunkt überwunden werden bei dem Neubau unserer Organisation. Man bildet dann eben keine selbstständige Zahlstelle mehr, sondern eine Abteilung der größeren Zahlstelle, wobei keine Rechte den Mitgliedern verloren gehen. Wie sieht es denn mit unseren Facharbeitern aus? Bei uns liegen die jung ausgeleiteten Dreher auf der Straße. Junge, kräftige Kollegen bedauern ihre Lehrzeit und müssen den Eltern noch weiterhin zur Last fallen. Ungelernte und Frauen besetzen die Maschinen. In der Malerei sitzen 26 Lehrlinge. Das ist auch ein trübes Zukunftsbild für ältere Kollegen und für die Lehrlinge selbst. Facharbeiter arbeiten in anderen Berufen, weil sie durch eine Betriebsstilllegung dorthin gedrängt wurden. Es zeigt sich eben, daß durch den Fortschritt der Technik einerseits die Facharbeiter immer mehr in's Hintertreffen geraten, und einzelne Unternehmer gegen Facharbeiter sind aus Gründen, die ich hier nicht zu erörtern brauche.

Wir sind Fabrikarbeiter, und darum hinein in den Fabrikarbeiterverband!
Karl Wubmann, Sorau, N.-L.

Den Grundlagen und der Sonderfassung zugestimmt.

In Marktreuth kamen am 29. Mai die Vertreter der ostbayerischen und nordoberpfälzischen Zahlstellen zusammen, um zur Verschmelzungsfrage Stellung zu nehmen. Folgende Resolution kam als Ergebnis der Verhandlungen heraus und erhielt die Zustimmung von 49 Delegierten, 5 Delegierte waren der Ansicht, der Resolution nicht beitreten zu können.

„Die am 29. Mai 1926 in Marktreuth abgehaltene Konferenz der Zahlstellen vom Gau Bayern (Ostbayerische und Nordoberpfälzische Zahlstellen) befaßte sich eingehend nach einem ausführlichen Referat des Kollegen Menninger mit der Verschmelzungsfrage. Die Konferenz erachtet in dem Zusammenhänge der keramischen Verbände die Erfüllung eines langgehegten Wunsches und sieht in der Vereinigung mit dem Fabrikarbeiterverband eine den gegenwärtigen Zeitverhältnissen entsprechende Notwendigkeit. Die von den beteiligten Verbänden ausgearbeiteten Grundlagen zur Schaffung eines keramischen Bundes und dessen Sonderfassung sind geeignet, eine größere, leistungsfähigere Organisation zu schaffen. Die Konferenz erachtet es als eine selbstverständliche Pflicht, daß die Mitglieder bei der Abstimmung vollzählig zur Stelle sind und durch Bestätigung der gestellten Fassung mithelfen, daß der Keramische Bund ab 1. Juli 1926 in Kraft tritt.“

Organisatorische Regelung der internationalen Wirtschaft geplant.

Die Vorbereitende Weltwirtschaftskonferenz, die vor kurzem in Genf tagte, hatte die Aufgabe, das Programm der vom Völkerbund angeregten Weltwirtschaftskonferenz zu erörtern und vorzubereiten. An der Konferenz nahmen 23 Staaten durch 38 Vertreter teil, und zwar waren vertreten England, Frankreich, Italien, Deutschland, die Vereinigten Staaten, Holland, Belgien, die Schweiz, Dänemark, Polen, Tschechoslowakei, Südslawien, Schweden, Spanien, Portugal, Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Kanada, Japan und Indien. Die Vertreter der einzelnen Länder wurden vom Völkerbund bestimmt. Sie sollten nicht als Delegierter ihrer Nation oder bestimmter Wirtschaftsgruppen, sondern als Privatleute gelten. Von der Kommission gehörte es zu dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und J. u. H. u. z. den französischen Gewerkschaften an.

Seine Aufgabe hat das vorbereitende Parlament in Genf dahin gelöst, daß es zur Unterzeichnung des Weltwirtschaftsprogramms drei Kommissionen einsetzte. Das Arbeitsgebiet der drei Kommissionen grenzt sich wie folgt ab: 1. Kommission: Währung, Kredit, Steuerbelastung, Bevölkerungsprobleme usw. 2. Kommission: Produktionsverhältnisse, Rationalisierung, Arbeitsbedingungen, internationale Kartellierung usw. 3. Kommission: Handelsbeziehungen, Zölle, Dumping, Wirtschaftskontingente usw. Die Kommissionen werden noch im Laufe des kommenden Monats ihre Arbeiten aufnehmen. Hierbei handelt es sich um die Unterzeichnung der einzelnen Wirtschaftsgebiete, vor allen Dingen an Hand statistischer Erhebungen. Als Erhebungszeit sind die Jahre 1909 bis 1913 und 1920 bis 1925 gewählt worden. Lieber die allgemeine Erhebung hinaus sollen die Verhältnisse verschiedener Industrien besonders eingehend untersucht werden. In Frage kommen hier die Eisen- und Stahlgewinnung, die Maschinenbau- und die Kohlenindustrie, die besonders notwendig bezeichnet werden. Wichtig ist vor allen Dingen, daß die Frage der internationalen Valuten in die Unterzeichnung einbezogen worden ist. Ohne die Stabilisierung und Handel der ganzen Welt unter der Inflation der einzelnen Länder, ist das für alle Staaten die Notwendigkeit ergibt, an der Stabilisierung der zerrütteten Währungsverhältnisse mitzuarbeiten. Der Gedanke konnte sich nur in Genf durchsetzen. Daß er sich aber durchgesetzt hat, gibt der kommenden Weltwirtschaftskonferenz schon eine gewisse Wichtigkeit, da die Frage der internationalen Währung ein wichtiges Stück zu einer Erörterung der gesamten Wirtschaftslage in den einzelnen Ländern führen muß. Der Arbeitsplan sieht vor, daß die Vorarbeiten ungefähr im Herbst d. J. beendet sind. Die vorbereitende Weltwirtschaftskonferenz wird dann noch mal zusammen treten und das Programm festsetzen und dem Völkerbund vorlegen. Die eigentliche Weltwirtschaftskonferenz soll dann im Jahre 1927 stattfinden.

Der bekannte französische Industrielle L. u. H. hat vor gut einem Jahre die Weltwirtschaftskonferenz im Völkerbund angeregt, unter Berufung auf die gegenwärtige Desorganisation in der internationalen Wirtschaft. Das ist bezeichnend für die Zeitverhältnisse, endlich zu einer Neuordnung in der Weltwirtschaft zu kommen. Es liegt auf der Hand, daß gerade für den verzweigten internationalen Kapitalismus eine Neuordnung der

Einstimmig die Vorstands- und Beiratswahl gebilligt.

In der am Sonntag, den 23. Mai, gewesenen Sitzung der Betriebsrats- und Verwaltungsmitglieder der Zahlstelle Kloster Weiskorf und deren angeschlossene Betriebe Eisfeld und Brattendorf nahm diese Stellung zur Verschmelzungsfrage. In längeren Ausführungen gab Kollege Humrich Aufklärung über die geplante Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband.

Die rege Diskussion, welche sich in einer ersten und sachlichen Bahn bewegte, würdigte das Verhalten des Vorstandes und Beirats durch die nachstehend einstimmig angenommene Resolution:

„Die in der Sitzung vom 23. Mai anwesenden Funktionäre der Betriebe Eisfeld, Brattendorf und Weiskorf stehen einstimmig hinter den vom Vorstand und Beirat beschlossenen und den Mitgliedern zur Empfehlung gebrachten Grundlagen zwecks Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband.“

Alle Kolleginnen und Kollegen der drei Betriebe werden aufgefordert, für die geplante Verschmelzung ihre Stimme abzugeben.“

Anschluß an den F.W.B. empfohlen.

Am Sonntag, den 9. Mai, nahmen die Zahlstellenverwaltungen Fraureuth, Zwickau und Oberhondorf Stellung zur gegenwärtigen Verschmelzungsfrage. Nach eingehender reiflicher Diskussion wurde der Antrag, den Mitgliedern der betr. Zahlstellen den Anschluß an den Fabrikarbeiterverband nach dem vom Hauptvorstand und Beirat herausgegebenen Entwurf zu empfehlen, gegen 2 Stimmen angenommen.

Noch ein Gegner der Verschmelzung.

Die am 20. Mai 1926 im Gewerkschaftshaus abgehaltene Zahlstellenversammlung beschäftigte sich mit der Verschmelzungsfrage. Im Hand der Statuten erläuterte Kollege Erkel die Unterstützungslage des Fabrikarbeiterverbandes und zog einen Vergleich mit den unserigen. Die Versammlung ging aber darauf nicht weiter ein. Die Breslauer Kollegen stehen vielmehr auf dem Standpunkt, daß der Fabrikarbeiterverband zu wenig demokratisch ist; denn ein Versammlungswesen, wie es bei uns besteht, können wir aus dem Stand des Fabrikarbeiterverbandes durchaus nicht herausfinden. Wir Breslauer wollen, daß die Mitglieder eines Verbandes durch Mitarbeit in allen Verbandsangelegenheiten zu wahren Kämpfern erzogen werden müssen. Dazu brauchen wir unsere regelmäßigen Versammlungen, um durch gegenseitige Aussprache auf dem laufenden zu bleiben und sich gewerkschaftlich fortzubilden. Auch die Beschickung des Verbandstages entspricht nicht unserer Auffassung, denn von 2000 Mitgliedern 1 Delegierter ergibt von 300 000 Mitgliedern nur 150 Delegierte. — Ungeheuer hat der Fabrikarbeiterverband 400 Verbandsangestellte! Mit wem wird bei der Verbandstag beschickt? Alles das sind Fragen, die vor der Verschmelzung geregelt werden müßten. Wir können durchaus nicht Kollegen Hübner folgen, der auffordert, in das neue Organisationsgebäude einzuziehen und dann wohllich für unsere Mitglieder einzurichten. Dieses dürfte dann doch nicht so leicht sein. Die Angriffe auf Kollegen Griesbach sind wohl hinfällig, denn schon auf einer Bezirkskonferenz vergangener Jahres haben sich die Zahlstellenvertreter Schlesiens für den Anschluß an den F.W.B. erklärt. Wenn man das Protokoll der Generalversammlung liest, muß man doch feststellen, daß die Stimmung im allgemeinen für den F.W.B. war. Kollege Wollmann dürfte wohl juristisch recht haben; er hat aber dem Willen der Kollegenheit, welcher auf der Generalversammlung durch die Vertreter kund wurde, nicht Rechnung getragen. Vielmehr muß man annehmen, daß durch die überraschende Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in Nr. 13 der „Almeise“ der Wille der Mitglieder zum Ersticken gebracht werden sollte. Für unsere Zahlstelle ist es gleich, ob F.W.B. oder Fabrikarbeiterverband; nur soll die Kampffähigkeit, Schlagfertigkeit eine intensiver werden. Das kann sie nach den gegebenen Grundlagen nicht, wenn der Vorstand nicht einmal das Recht hat, Streiks zu genehmigen. Jedenfalls ist die Verschmelzung nach den empfohlenen Grundlagen mit nein zu beantworten. Wir wollen hoffen, daß uns bald bessere empfohlen werden.

Dinge auf den internationalen Warenmärkten brennend notwendig geworden ist. Der Krieg hat alte Wirtschaftsverbände gelöst und zum Teil künstliche Neorganisations geschaffen, die den Anforderungen der Produktion und des Handels aus mancherlei Gründen nicht gerecht werden. Vor allen Dingen sind die eingetretenen Veränderungen zwischen Produktion und Absatz von Bedeutung. Europa ist nicht mehr das reiche Land wie vor dem Kriege. Diese Tatsache wirkt auf die Rohstoffindustrien der überseeischen Länder ein. Die großen Rohstoffländer, wie Vereinigte Staaten von Nordamerika, haben deshalb alles Interesse, Europa wieder aufnahmefähig zu machen, um ihre Industrien voll zu beschäftigen. Andererseits hat der internationale Finanzkapitalismus, insbesondere der nordamerikanische Finanzkapitalismus, große Summen nach Europa geliehen. Diese Summen können aber nur von einem reichen und blühenden Europa und nicht von einem armen Europa verzinst und zurückgezahlt werden. Aus diesen Beziehungen des internationalen Kapitalismus zu dem großen Anlage- und Schuldnerland Europa entspringt die kapitalistische Initiative, endlich zu einer Reorganisation in der internationalen Wirtschaft zu kommen.

Ohne Zweifel bedeutet heute der Gedanke, die Weltwirtschaft zu reorganisieren, planmäßige Gestaltung der internationalen Wirtschaft. Der Gedanke der Planwirtschaft ist sozialistischen Ursprungs. Des internationale Unternehmertum stand diesem Gedanken jahrelang fremd gegenüber, und er ist ihm heute wohl noch ziemlich neu. Der internationale Kapitalismus betrachtet jede planmäßige Ordnung der Warenerzeugung und Warenverteilung als ein Attentat auf die bisherige Wirtschaftsordnung und auf seine Existenz überhaupt. Wenn er heute die Notwendigkeit einer planmäßigen Gestaltung in der internationalen Wirtschaft erkennt, vollzog sich das unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse. Sicherlich liegt die Neuordnung, wie sie in Genf geplant wird, im Interesse des internationalen Kapitalismus, das seine Anlagen und seine Verzinsungen sicherstellen will. Sie drängt aber auch nach einer bestimmten Richtung im sozialistischen Sinne hin und ist von größter Wichtigkeit für die soziale und für die Wirtschaftslage der internationalen Arbeiterklasse. Dadurch erklärt es sich, daß sich die internationalen Gewerkschaften für die Mitarbeit an der Weltwirtschaftskonferenz angewiesen.

Soll die Wirtschaftskonferenz positiven Erfolg haben, so wird sie weitreichende Veränderungen im internationalen Wirtschaftsbild auslösen. Das ist nur möglich, wenn die Maßnahmen der Konferenz von der öffentlichen Meinung, insbesondere von der Meinung der Arbeiterklasse, eines der wichtigsten Faktoren im Produktionsprozess überhaupt, gebilligt werden. Die Teilnahme der Arbeitnehmervertreter an der Konferenz ist also von grundsätzlicher Bedeutung. Dem entspricht, daß die Vertreter der internationalen Gewerkschaften in Genf ein wohlüberdachtes Programm für die vorbereitenden Arbeiten der Konferenz vorlegten. Es sah u. a. vor: Stabilisierung der Währungen unter Mitwirkung der staatlichen Notenbanken, Bekämpfung des Dumpings, Regelung der Zirkulation der Rohstoffe und der Nahrungsmittel, Erhebungen über die Handelspolitik und ihre Wirkungen auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse, Regelung der Fragen der internationalen Organisationen, der Produktion und des Marktes, Abbau der sich steigenden Schutzzölle, Untersuchungen über den wirtschaftlichen Zusammen-

schluß Europas, die Zusammenarbeit Europas mit den übrigen Teilen der Welt, Errichtung von internationalen Industriezentren und Trüsten und deren Kontrolle durch Vereinbarung Regierungen des Völkerbundes, der gewerkschaftlichen und gemeinen Konsumtorenorganisationen, der Arbeiterorganisationen und des Internationalen Arbeitsamtes, Kontrolle wichtigsten Produktionszweige, Maßnahmen, die die Festigung der Arbeiter und ihre Lebenshaltung sichern, Vergebot öffentlicher Arbeiten und Lieferungen, Beschäftigung ausländischer Arbeiter usw. Es handelt sich um ein Programm das ohne Zweifel den Wirtschaftsnotwendigkeiten Rechnung trägt und es ist ein gutes Zeichen für die Weiterentwicklung der Dinge, daß das Programm der Gewerkschaften die Arbeiter Vorbereitenden Weltwirtschaftskonferenz stark beeinflusst hat.

Die Staatlichen Porzellanmanufakturen am Scheidewege.

Der Antrag auf Gewährung eines Betriebsvorzuschusses die Staatliche Porzellanmanufaktur in Meißen in Höhe 2 210 000 Mark, den der Haushaltsausschuß genehmigte, den der sächsische Landtag aber erst befinden soll, und wahrscheinlich zustimmend befinden wird, löste die Stellungnahme einiger Blätter aus. Eine Anzahl sächsischer Zeitungen äußern die Lage der Manufaktur. Von den Berliner Zeitungen schreibt die rein privatwirtschaftlich eingestellte „Industrie-Handelszeitung“ zu dieser Angelegenheit: „Natürlich wird Staat das Geld nie wiedergeben, denn noch auf viele Jahre wenn nicht Jahrzehnte, wird in Deutschland kein Bedarf Luxusporzellan vorhanden sein. Das Ausland allein leine solche Fabrik wie Meissen auch nicht rentabel gestalten, abgesehen davon, daß sich die ausländische Porzellanindustrie in den letzten Jahren sehr vergrößert und auch verbessert. Schon bisher war die Meißener Manufaktur im Hinblick das hineingelackte Kapital völlig unrentabel. Man sollte doch einmal im Landtag ernstlich prüfen, ob es geraten immer neue Millionen in dies Danawidensatz hineinzuworfen. Das arme Deutschland kann sich nicht auf die Dauer solcher Luxusanlagen gestatten — über diese harte Tatsache kann man nicht mit den üblichen Kunstphrasen hinweg. Vor allem muß auch einmal geprüft werden, ob die Leistung der Manufaktur ihrer Aufgabe gewachsen ist, worüber begründete Zweifel bestehen. Auch könnte der Absatz durch größere Reklame, wie sie andere Porzellanfabriken betreiben (Kolonien), jedenfalls etwas erhöht werden, aber dafür ist in Meissen wenig Verständnis. Jedenfalls kann die Wirtschaft in Meissen, bei den Manufakturwerken und manchen anderen angeblich werben Unternehmungen des Staates, die dauernd Verluste bringen nicht ewig fortgehen.“

Die „Völkische Zeitung“ behandelt ebenfalls die unglückliche Lage der Meißener Manufaktur und gibt ihre Meinung kund:

„Der Gedanke, die altberühmte Meißener Porzellanmanufaktur wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten eingehen lassen, muß von vornherein als völlig undiskutierbar bezeichnet werden, wenn man sich bei uns noch Sinn für die Erhaltung alter unerlebbarer Kulturgüter bewahrt hat. Meissen ist nicht nur die älteste Porzellan-Manufaktur Europas — sie sieht eine große künstlerische Entwicklung von mehr als 200 Jahren zurück — sondern sie war auch diejenige Kunststätte, die die ganze europäische Porzellanmanufaktur maßgebend beeinflusst hat. Männer wie Kändler u. a. haben den Erzeugnissen Meissens in der ganzen Welt den Ruf hervorragender künstlerischer Eigenschaften in dem Maße verschafft, daß die Bezeichnung „vieux Saxe“ zugleich das Merkmal größten Kunstwertes darstellte und der Schwertermarke, dem Kennzeichen der Meißener Porzellane, in allen öffentlichen und privaten Sammlungen der obersten Rang sicherte. Zwar ging die künstlerische Entwicklung allmählich zurück, und noch heute sind die Figuren und Tafeln die die ganz alten Marken der Frühzeit bis 1735 oberhalb der Punktzeit bis 1780 führen, die begehrtesten. Aber trotzdem bleibt die sächsische Porzellan-Manufaktur stets ein Wahrzeichen deutscher Kultur, die auf die ganze übrige Welt befruchtend wirkte. Die bedeutenden Porzellanmanufakturen in Wien, Sevres und anderen Orten sind durch Meissen und die von Meissen auswandernden Künstler maßgebend beeinflusst worden. Wenn auch jetzt die Porzellanmanufaktur augenblicklich kein Ueberschüsse abwirft und Staatsbeihilfen fordert, so darf die Summe von zwei Millionen Mark jährlich, in einem Staatshaushalt ein sehr geringer Betrag, nicht die Veranlassung dazu sein, eine Stätte von so bedeutender künstlerischer Eigenart und so großer Vergangenheit einfach zu schließen. Das Geld, das für Meissen angewendet wird, gehört zu den Summen, die ein Staat für notwendige Kulturgüter aufzubringen die Ehrentpflicht hat.“

Soweit diese beiden Blätter. Die Presse und die Öffentlichkeit hätte sich schon lang einmal mit den Staatlichen Porzellanmanufakturen in Meißen und Berlin — Nymphenburg kommt hierbei nicht in Frage, da es sich schon in Vorkriegszeiten in Privatbesitz befand — befaßen sollen. Aber es ist auch in dieser Frage für Deutschland eine Sache erst behandelt und als unrentierungsbedürftig angesehen, wenn ein Zusammenbruch unvermeidlich ist und Veranlassung kaum mehr Zweck haben. So ist es nämlich gegenwärtig bei den beiden staatlichen Manufakturen in Meißen und Berlin. Man mag es eingestehen oder nicht, wie die beiden Betriebe jetzt produzieren, so können sie das unmöglich noch jahrelang tun.

Eine Teiländerung der Produktionsweise wäre schon 1911 notwendig gewesen, weil der Kundenkreis für diese Werke nicht mehr wie im früherem Maße vorhanden war. Aber es wurde zugeworfen. Jeder Manufakturleiter wollte, geblendet durch die Inflation, seinen Betrieb erhalten.

Was sich brauchen in der Privatwirtschaft neugestalteten haben die Spitzen der Manufakturen nicht. Sie verständigten sich gegenseitig nicht über eine zeitgemäße Reklame, um das Ausland anzuziehen und versuchten auch in keiner Weise, gemeinsame Verkaufsstellen draußen in der kaufkräftigeren Welt zu gründen, um für die ausgefallenen Abnehmer andere zu gewinnen. Was Kofenthal, Fraureuth u. a. geschäftlich kaufmännisch in vorbildlicher Weise schufen, übersah die Manufakturen. Die Porzellanfabriken haben die zahlungsfähigen Kunden an sich gezogen, und die Manufakturen legten die Hände in den Schoß, trotzdem die Privatunternehmen seitens teilweise mit ihren Ausführungen nicht an die der Manufakturen herankamen, was ja inzwischen anders geworden ist.

Ein weiterer noch ausschlaggebenderer Umstand ist der, daß die beiden Manufakturen mit ihren Erzeugnissen nicht mehr auf in unsere Zeit passen und auch keine große Nähe machen sich den Zeitverhältnissen anzupassen. Die Berliner Manufaktur brachte in den letzten Jahrzehnten Erzeugnisse heraus, die nicht immer den modernen, auch nicht den alten künstlerischen Ansprüchen genügte. Bei der Meißener Manufaktur steht es etwas, aber nicht allzuviel besser. Die Privatporzellanindustrie dagegen war viel eifriger bemüht, mehr für die modernen Geschmack schaffende Künstler und ansprechende Formen und Dekoren zu finden und anzubieten, und überflüssige Manufakturen in vielfacher Hinsicht.

Und dann die Preisbildung der Manufakturen! Das ist ein Kapitel für sich. Zur Illustration dieser Angelegenheit wird darauf verwiesen, daß die Privatindustrie und Privatmanufaktur bedeutend billigere Preise für gleichartige Erzeugnisse ansetzt. Es kommt nicht selten vor, daß Privatmanufakturen gutes und geschätzt bei den Manufakturen laufen, selbst benalen und Originalstücke je nach Größe und Wert um 200 bis 400 Mark billiger herstellen und verkaufen wie die Manufakturen. Das ist doch zu berücksichtigen, daß im Weißpreis beim Verkauf

Manufakturen schon ein Gewinn mitberechnet wurde, allein die Dekorationsausführung wird um einige hundert Mark bei diesen Gegenständen höher berechnet, als es die Privatmalereien sind, die doch die gleichen Aufwandskosten zu bestreiten haben und ebenfalls einen annehmbaren Gewinn einfaktulieren. Die Manufakturen lassen sich ihren Ruhm zu teuer bezahlen, sie können zu überhöhten Preisen und sind den rein geschäftlichen Dingen nicht ganz gewachsen.

Ferner haben die Manufakturen mit der Ausbildung von Fachkräften nicht rechtzeitig genug eingelenkt. So wenig sie das Schwimmen ihres Kundenkreises erkannten, so wenig haben sie, daß sie nicht von Jahr zu Jahr Lehrlinge auszubilden lassen wollten, um sie dann, wie es beim Malerpersonal in der Berliner Manufaktur kürzlich geschah, auf die Straße zu setzen und ihrem Schicksal zu überlassen. Wäre rechtzeitig die Einsicht vorhanden gewesen, hätte sich von Jahr zu Jahr durch das regelmäßige Ausschleiden von Arbeitskräften der Personalstand ohne große Eingriffe verringern lassen. Aber nein, die Leute wurden angelernt, dann entlassen, und finden nun außerordentlich schwer in der Privatindustrie mit ihren rationelleren Arbeitsmethoden unterkommen, weil nur selten so hochwertige Fachleute gebraucht werden. Ein Teil der entlassenen Fachkräfte ist gezwungen, einen anderen Beruf zu ergreifen.

Auch die Notversuche, z. B. die Berliner Porzellanmanufaktur teilweise auf technische Artikel für chemische Zwecke umzustellen, waren nicht viel mehr als Spielerei, ausgeführt von Praktikanten, die in keiner Weise die wirtschaftlichen Bedürfnisse hergaben. Daß sie tatsächlich den Ansprüchen der Verbraucher dieser Artikel nicht genügen, zeigt der Niedgang des Absatzes und der fast völlige Verlust des Auslands, besonders des englischen Marktes. Wenn tatsächlich auf dem Gebiete der Erzeugung technischer Gegenstände gewinnversprechender Absatz für eine längere Dauer zu erzielen gewesen wäre, hätte die private Porzellanindustrie nicht erst gewartet, bis sich eine Manufaktur darum annimmt.

Ähnliche Versager der Manufakturen, die sich sogar Verbotsmaßnahmen leisteten, ließen sich noch mehr anführen und es macht sich vielleicht notwendig, gerade dieses Gebiet einmal etwas ausführlicher zu behandeln.

Allen Respekt vor notwendigen Kulturwerten und ehrwürdigen Überlieferungen. Wenn jedoch offensichtlich zutage tritt, daß damit nicht zeitgemäß gewirtschaftet wird, und wenn die Privatindustrie den Beweis liefert, daß ebenbürtige Kunstwerke ohne Zuschuß, und noch dazu mit Gewinn hergestellt werden können, so muß darauf hingearbeitet werden, daß die Manufakturen sich einigermaßen den neuzeitlichen Verhältnissen anpassen und rechtzeitig ihren Betrieb der Krisenzeit entsprechend einschränken, damit nicht plötzlich das Unheil über die Werke und Belegschaften hereinbricht.

Die beiden staatlichen Porzellanmanufakturen haben seit zwei Jahrzehnten ihren Erzeugnissen entsprechend eine viel zu hohe Belegschaftsziffer. Viel wurde unterlassen. Nun bricht die Krise plötzlich herein, und an der Arbeiterkraft soll es ausreichen. Sie soll schließlich, wie es schon einmal für Berlin geplant war, um einen Teil ihrer erworbenen Pensionansprüche befreit werden, die Löhne werden in Berlin herabgedrückt, der notwendige Urlaub gekürzt und so eine künstlich leistungsunfähige Arbeiterkraft auf das unterste Niveau eines Arbeiters herabgedrückt. In der Weise soll eine Angleichung an die mittelmäßigeren Werte der Privatindustrie vorgenommen werden, nur nicht in geschäftlichen und produktionsstechnischen Dingen. Dazu reicht der Mut und die Kenntnisse der Manufakturleitungen anscheinend nicht aus. Die Arbeiterkraft betrachten kann der einfältigste Arbeitgeber, wenn er die nötige Großheit und Arroganz besitzt, aber einen Betrieb ohne schwere Erfahrungen über schwierige Zeiten hinwegsteuern, ihn der Realität gemäß zu gestalten, daran fehlt es auch bei den Manufakturleitungen, die für alles andere, nur nicht für geschäftliche Notwendigkeiten einen Sinn haben. Die „Industrie- und Handelszeitung“ bezweifelt, daß die Leitung der Manufaktur in Weiden ihrer Aufgabe gewachsen ist; wir vermuten nicht zu behaupten, daß es in Berlin anders sei. Staat und Belegschaften haben darunter zu leiden und werden geschädigt.

Es ist höchste Zeit zu einer sachgemäßen Verringerung. Mit Betriebsvorschriften allein ist das nicht getan.

Gernegroße.

Die biblische Legende erzählt uns von allerhand Wundern. Unehliche Zeichen und Wunder geschehen wohl auch heute noch unter den wirklichen Christen. Die folgende kurze Schilderung soll dies unseren Kollegen zeigen. Der Schauplatz ist Meissen, die Stadt der Wiege des europäischen Porzellans.

Ein kleiner Teil der Belegschaft der Staatlichen Porzellanmanufaktur hat sich in einem christlichen Ortsverein zusammengeschlossen, der, wie wir sehen werden, von äußerst prominenten Kräften geleitet wird. Der Verein erklärt: organisch aus dem Personal herausgewachsen zu sein und seine vornehmste Aufgabe in der Pflege der traditionellen Sonderstellung der Manufaktur zu erblicken. Die Frage, in welchem Interesse diese seine vornehmste Aufgabe gelöst werden soll, läßt man in großzügiger Weise offen.

Einen vorzichtigen gewerkschaftlichen Auftrieb erhält diese überaus gebiegene Vereinigung durch Anschluß an den Berufsverband deutscher Keramarbeiter, welchem wohl auch der Löwenanteil der von den außerordentlich opferfreudigen Ortsvereinsmitgliedern aufgetragenen Beiträge zufließt.

Der im vergangenen Jahr in München abgehaltene und gelangvoll verlaufene Jubiläumstag dieser christlichen Organisation hat sich unter anderem auch mit der Beitragsfrage beschäftigt. Es wurde beschlossen, 2½ Proz. des Wochenverdienstes als Wochenbeitrag zu erheben. Trotz dieses Statut gewordenen Beschlusses werden von den Ortsvereinsmitgliedern auch heute noch Beiträge bis zu höchstens 1 Proz. des Wochenverdienstes gezahlt. In dieser Tatsache liegt auch die Erklärung für die Existenz dieses christlichen Ortsvereins.

Die große Bedeutung dieser Vereinigung erkennen wir aus einem Bericht in der Nr. 10 der „Keram- und Glasarbeiterzeitung“ über ihre am 3. Mai 1926 stattgefundene Jahreshauptversammlung. Wir lesen da: „Aus dem Bericht des Kassierers, des Kollegen Böllner, ging hervor, daß finanziell auf gewirkt worden ist, die Beitragsentnahme, trotz etwas verminderter Mitgliederzahl, eine Steigerung erfahren habe.“ Der gewöhnliche Sterbliche, der die Dinge in dieser Weise betrachtet, kennt, sieht hier vor einem Rätsel, der gläubige Christ jedoch nur von einem der üblichen traditionellen Wunder.

Der Wundermann ist in diesem Falle der um das Personal hochverdiente Vorsitzende des Ortsvereins, aber unbekanntes Mitglied des Zentralverbandes des Keramarbeiterverbandes in München den 2½ Proz.-Beitrag mit festgelegt hat. Dieser Herr hat nur einen Fehler, er leidet an grenzenloser Bescheidenheit, die um so unverständlicher ist, als er doch schon die schwierigsten Probleme für seine christlichen Mitarbeiter gelöst hat, und sie als Vorreiter auf dem Ortsvereinsparnissfeld noch viel herrlicheren Dingen entgegenzuführen will. Sein Verdienst ist es, Leitung und Mitgliedschaft im Keramarbeiterverband von der Notwendigkeit befreit zu haben, die Meissen-Manufakturen in punkto Beitragszahlen eine bevorzugte Stellung eingeräumt erhalten zu lassen.

Doch folgen wir dem Bericht weiter. Wir lesen da: „Der Personal hochverdiente Vorsitzende des Ortsvereins, Herr E. Grosser, erstattete den Geschäftsbericht. Die größte Sorge des Ortsvereins, die Pensionsklassenfrage, für die keine Höhe und keine Kosten gescheut wurden, ist jetzt aus dem Blickfeld heraus. Es ist gelungen, einen Weg zu finden, der alle bisherigen Anwartschaften und Leistungen sicherstellt und die Klasse auf eine versicherungstechnisch gesunde Grundlage stellt.“ Wir, die wir doch die Mehrheit der Belegschaft zu ver-

treten haben, sind geradezu baff über die Dinge, die wir in diesem Bericht über die getätigte Reorganisation der Pensionsklasse lesen dürfen. Wir wissen bis jetzt nur, daß in einer am 12. Mai 1926 stattgefundenen Landtagsitzung die Regierung von den Parteien erjucht wurde, eine die Pensionsklasse der Manufaktur betreffende Vorlage dem Parlament zu unterbreiten. Wie diese aussehen wird, wissen vorläufig nur die Götter und, allem Anschein nach, der Vorsitzende des Ortsvereins der Meißener Manufaktur. Allerdings wurde der Bericht schon am 3. Mai 1926 erstattet und konnte der Berichterstatter da noch glauben, daß der Landtag und auch die Regierung Sachsens das Gutachten ihres Herrn Dr. Thiesens nicht als solches bewerten, sondern daselbe einfach zum Beschluß erheben würden.

Daß dieser, sein Glanbe, nicht in Erfüllung ging, liegt nicht an ihm, auch schließt diese Tatsache durchaus nicht die Verdienste, die sich dieser Vereinstorsthende um das „Personal“ der Manufaktur erworben hat. Es ist ewig schade, daß durch die Republik nicht mehr wie früher durch die Monarchie an verdienstvolle Manufakturisten Orden verteilt werden. Trotz seiner verhältnismäßigen Jugend, und trotz des Umfanges, daß er persönlich durchaus nicht traditionell mit der Manufaktur verbunden ist, würde er bestimmt schon dekoriert worden sein.

Bum Schluß sei noch auf ein besonderes Verdienst des Ortsvereins, resp. seines Vorsitzenden verwiesen. Es besteht in der Aufhebung der Luxussteuer. Dr. Reinhold, der Finanzgewaltige des Reichs, wird dies ja nicht Wort haben wollen; in Meissen preisen es aber alle Spaggen vom Dache.

Das uns vorliegende Material behandelt dann noch den christlichen Grundsatz: „Liebet euch untereinander“, das Gleichnis vom biblischen Föllner und verschiedene andere Bibelstellen. Doch darüber vielleicht einmal später.

Das Jubiläum unseres Kollegen Wollmann.

In aller Stille waren die Vorbereitungen getroffen worden, unserem Kollegen Wollmann zu seinem dreißigjährigen Jubiläum als erster Vorsitzender unseres Verbandes eine kleine Ehrung zuteil werden zu lassen. Die Bahstellen waren zu dem Zwecke mit ersucht worden, sich daran möglichst durch Gratulationsbriefe zu beteiligen. Sie und auch andere Organisationen haben das sehr zahlreich getan. 140 Anerkennungen waren eingetroffen. Einige Bahstellen haben sogar Geschenke gesandt, worunter das der Bahstelle Selb als das gelungenste und schönste hervorgehoben zu werden verdient. Es ist eine Urne mit Dedel, die auf einem Sockel befestigt ist. Sie trägt auf der Vorderseite, umrahmt von Verzierungen, das Bild des Jubilars handgemalt in so treffender Ausführung, daß jeder Kenner seine Anerkennung darüber zum Ausdruck brachte. Die Kollegen, die an dem Geschenk gearbeitet haben, sind alle Mitglieder unseres Verbandes bei der Firma Rosenthal in Selb.

Im geschmückten Sitzungssaal unseres Verbandshauses waren die Spenden aller Art aufgestellt, als unser Jubilar, vom Kollegen Herden geholt, zur schlichten Feier erschien. Der Arbeitergesangsverein Harmonie Charlottenburg füllte durch stimmungsreiche Lieder aus. Kollege Apel gedachte in treffenden Worten der Verdienste Wollmanns, die er sich im Laufe seiner Tätigkeit für den Verband erworben hat. Darauf dankte der Vereiner in einer sinnvollen Ansprache den Anwesenden. Auch Kollege Böckner von Selb, der das Geschenk der Selber Kollegen persönlich überbracht hatte, kam zum Wort und gab seinen anerkennenden Empfindungen Ausdruck.

Im Beisein der Familienmitglieder, der Bürokollegen, Vorstandsmittelglieder und einiger Gäste ging nach dem Mittagessen die Feier in ein gemütliches Beisammensein über, das in den Nachmittagsstunden sein Ende nahm.

Alle Beteiligten haben die Genugtuung mit nach Hause genommen, daß unser Kollege Wollmann wohl verdient hat, in so herzlicher Weise geehrt zu werden. Sie waren sicher auch alle mit dem Kollegen Apel einig, als er zum Ausdruck brachte, daß wir wünschen, Kollege Wollmann möge noch recht viele Jahre unser Führer, Freund und Berater sein.

Aus unserem Beruf.

Paul Herzer verchieden.

Am 30. Mai wurde unser Kollege Paul Herzer in Weiden plötzlich zur großen Arme abgerufen. Ein Schlaganfall machte seinem Leben ein Ende. Schon vor Wochen erlitt der Verchiedene einen Schlaganfall, von dem er sich wieder erholte, so daß er seine Arbeiten wieder erledigen und Sittungen betreiben konnte; sogar die letzte Beiratsitzung in Berlin besuchte er, und man konnte annehmen, daß er sich wieder erholen würde. Das war anscheinend nur Täuschung. Nach seiner Rückreise von Berlin fühlte er sich schwächer, aber trotzdem erfüllte er seine Pflichten, aus denen er infolge eines zweiten Anfalles nun plötzlich gerissen wurde. Wer unsern Herzer persönlich kannte, wird wohl kaum daran glauben können, daß dieser große, blühende Mann so rasch aus unserer Mitte gerissen wurde. Aber es ist so. Bereits am Dienstag wurde seine sterbliche Hülle im Selber Krematorium eingäschert.

Vier Jahre hat er als Vorkaufmann in Weiden gewirkt. Am 1. Juni 1922 trat er seine Stelle dort an. An seinem vierten Jubiläumstag übergaben ihm seine Hinterbliebenen der heiligen Flamme, umgeben von vielen teilnehmenden Kollegen und Kolleginnen. Unser verstorbener Freund war in Thüringen beheimatet. In Unterpyritz bei Ilmenau wohnte er vor seiner Ueberfiedelung nach Weiden. Stadtilm ist sein Geburtsort. Dort kam er am 16. April 1884 zur Welt. Am 15. Oktober 1900 trat er dem Verbands bei. Als Kapselbreher war er bei der Firma Messler & Driloff in Ilmenau tätig. Von seinem Wirken soll festgehalten werden, daß er von 1910 bis 1922 Vorsitzender der Bahstelle Unterpyritz war. In seinem Betrieb wirkte er als Vorsitzender des Betriebsrates bis zu seinem Ausschleiden aus der Stelle. Auch den Vorsitz im Gesamtbetriebsrat von Ilmenau nahm er ein. Seine politische Wirksamkeit wurde von den sozialdemokratischen Wählern und Wählerinnen dadurch anerkannt, daß sie ihn von 1919 bis 1921 ein Kontrahatsmandat anvertrauten und ihn in den Gemeinderat sandten. In der Konsumgenossenschaft war er Vorsitzender des Aufsichtsrates und auch in den anderen Arbeitervereinen nahm er Vertrauensposten ein. Für die Interessen der Arbeiterchaft trat er in seiner Heimat ein, ihr galt seine aufopfernde Tätigkeit in seinem letzten Wirkungskreis, in der schwarzen Oberpfalz. Auch dort genoss er das Vertrauen der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in vollem Maße, auch dort nahm er sehr viel auf sich und fand bei Freund und Feind Anerkennung. Nun ist er von uns gegangen, eine trauernde Frau, vier Kinder im Alter von drei bis sechzehn Jahren und viele treue Mitarbeiter und Kollegen hinterlassend. Unserem dahingegangenen Freund können wir am besten ehren, wenn wir ihm ein getreues Andenken bewahren und weiterwirken in seinem Sinne für das Wohl der Porzelliner und der übrigen Arbeiterchaft. Sein Wirken war stetiges Mühen und Kämpfen, wollen wir darin fortfahren! Ehre seinem Andenken.

Allerzucht. Unmittelbar vor den Toren Weidens liegt Allerzucht. Seit 1920 hat dort eine U.-G. die Porzellanfabrik „Bavaria“ gegründet, deren Aktienkapital auf 1.260 Millionen Reichsmark festgelegt wurde. Diesem Betrieb steht Direktor Karl Häppler vor. Die Befähigung zur Leitung einer Porzellanfabrik hat er sich dadurch verschafft, daß er als Schreiber bei einer Bank in Hof Gelegenheit hatte, Samstag einigen finanziell schlechtestgestellten Porzellanbetrieben der nächsten Umgebung die Lohngehälter hinaufzuschaffen. Diese Verührung mit der Porzellanindustrie genügt, daß ihm ein Direktorenposten anvertraut wurde. Von einer sachmännischen Leitung ist keine Spur vorhanden. Solange die Inflation dauerte, sah dieser

Gernegroße auf hohem Noß. Seitdem aber auch damit Schluß ist, geht es mit diesem Betrieb immer mehr bergab. Wer die Zeitung und inneren Verhältnisse kennt, wundert sich nicht, sondern kommt zu der Ueberzeugung, daß die Aktionäre das Werk mit Mühsal zu erhalten können, ohne daß es im Betrieb besser wird. Dieses Vergabegeld: ist wohl seinen Hauptgrund darin, daß es Häppler nicht verstand, sich einen festen Stamm Arbeiter und Angestellte heranzubilden. Der sehr starke Wechsel der Leute ist sprichwörtlich in dem Ausdruck „Laubenschlag“ zusammengefaßt. Hinzu kommt noch die Beschäftigung sehr vieler jugendlicher und Lehrlinge. In der Malerei sollen auf 15 Maler 43 Lehrlinge kommen, was wohl auch im Verhältnis auf die Dreherei zutreffen wird. Vernein können diese jungen Leute nichts, da auch eine Anzahl Angestellte keine Nachleute sind. Solange in der Dreherei, Malerei und Expedition Angestellte jungierten, welche eine Lehrzeit aufzuweisen hatten, und solange noch ein wirklicher sachmännischer Direktor vorhanden war, ging es immer noch einigermaßen vorwärts. Die wirklichen Sachmänner verließen aber fast alle freiwillig das Eldorado, denn wer eine eigene Meinung vertritt, kann mit Häppler nicht auskommen, nur er allein versteht alles und hat recht, auch wenn es zweimal falsch ist. Der dümmste Arbeiter aber weiß, daß in solchen Zeiten alle Kräfte angestrengt werden müssen, um standhaft zu bleiben. Das kann man aber nur von einem guten Stamm Arbeiter und tüchtigen Angestellten verlangen.

Der Betriebsleiter ist ein ehemaliger Landwirt, welcher sein Anwesen verkaufte und als Schwager des Direktors diesen Posten übernahm. Der jetzige erste Oberdreher ist von Beruf Müllerbursche und war noch nach 1918 als solcher beschäftigt. Seine Spezialität in der Fabrik war Begerguscheln. Der für die nächste Zeit in Aussicht stehende zweite Oberdreher ist von Beruf Holzhauser und Dorfmusikant. Solange er im Betrieb tätig ist, hat er noch nicht weiter gemacht, als Schalen mit Mehl übergeformt. Auch im Brennhaus soll der Abteilungsleiter kein Sachmann sein. Selbstverständlich ist damit nicht gesagt, daß die in Frage kommenden Personen Trottel seien. Es soll nur darauf verwiesen werden, daß die sachmännischen Eigenschaften nicht vorhanden sein können, da die sachmännische Ausbildung gefehlt hat. Der jetzige neue Obermaler, sonst wohl ein guter Maler, ist unseres Erachtens aus anderen Umständen heraus ebenfalls nicht für diesen Posten geeignet. Wenn auch bei manchen Angestellten die sachmännischen Eigenschaften viel zu wünschen übrig lassen, so sind diese dem Direktor doch angenehm, denn er braucht willensschwache Personen, die sich leicht beeinflussen lassen.

Daß dieser Betrieb unter solchen Umständen schwerlich wieder hoch kommt, davon sind wohl alle überzeugt, die die Verhältnisse kennen, jedenfalls auch Häppler; denn nach seinen eigenen Ansprüchen zu schließen, hat er nicht Lust, noch lange auf diesem Posten zu verbleiben. Das unter solchen Verhältnissen die gesamte Produktion leidet, versteht sich von selbst. Eine chronische Krankheit scheint die Gelbsucht zu sein. Seit Oktober 1925 erhalten die Arbeiter, Angestellten und Beamten nur in kleinen Beträgen ihr sauer verdientes Geld, und das Umstärkerl Weiden hat dauernd Beschäftigung mit Lohn- und Gehaltsklagen gegen die Porzellanfabrik „Bavaria“. Selbst die Lehrlinge, welche oft annähernd 200 Mark rückständigen Lohn erhalten, müssen klagbar vorgehen. Sogar der letzte sachmännische Direktor befindet sich unter den Klägern. Der Kredit scheint zu den Hundstagen gegangen zu sein, denn sonst könnte es nicht vorkommen, daß die Kapselbreher und Formgießer tagelang feiern müssen, weil kein Material vorhanden ist. Am Bahnhof Weiden aber steht das benötigte Material. Selbst im Brennhaus kommt es vor, daß die Ofen vollgefüllt zum Verbrennen fertig sind; die dazu erforderlichen Kohlen stehen aber auf dem Bahnhof Weiden. Fünftzehn und mehr Wagen mit Material stehen oftmals zwei, vier und mehr Tage auf dem Bahnhof. Die Eisenbahn gibt aber ohne Geld nichts heraus. Als vor einiger Zeit die Maler Kien benötigten, verweigerte eine Firma die Lieferung.

Wie es scheint, hat Häppler jetzt die letzte Stützungsaktion unternommen; er hat die Löhne der Beiratsmitglieder von 32 auf 7 Pf. herabgesetzt, ja sogar auf 3 Pf. die Stunde. Dem Mustermaler soll von seinem karglichen Gehalt ebenfalls 100 Mk. abgezogen worden sein.

Für sich aber scheint Häppler gesorgt zu haben, denn neben seinem Direktorenposten betreibt er noch eine blühende Landwirtschaft. Eine schöne Villa, das erforderliche Feld und 30 Stück Kühe nennt er sein eigen. Seine Milch liefert er an seine Arbeiter. Bei den Verhältnissen können oftmals die Leute nicht zahlen; soweit aber die Leute, wie jetzt bei den Lohnklagen, Geld bekommen, läßt Häppler reiflos den letzten Bannmilchgelb gleich im Lohnbüro abgeben.

Wie oftmals hat Häppler schon erklärt: „Ich habe mein Auskommen, und wenn es im Betrieb nicht mehr geht, so betreibe ich meine Landwirtschaft. Da brauche ich mich nicht so abzusetzen.“

Selbstverständlich treibt Häppler auch Politik. Als Politiker sieht er als völkischer Vertreter im Rottenstädter Stadtparlament und macht für alles, was geschieht, die Juden verantwortlich. Der reinste Judenfresser entpuppt sich in der Person Häpplers, dabei ist er aber froh, daß die deutschen und ausländischen Juden seine Erzeugnisse abkaufen.

Auf die anderen Angelegenheiten betr. Beitragszahlung für Kranken- und Invalidenkasse einzugehen, wird sich später Gelegenheit finden. Bis dahin werden hoffentlich die Herren Aktionäre das nötige Geld beigebracht haben.

Literarisches.

Aus der Praxis für die Praxis. In dem sechsen erschienenen Heft der „Arbeiterbildung“, die als Beilage zur „Büchervorte“ erscheint, werden wiederum eine Reihe wichtiger Probleme aus unserer Bildungs- und Kulturarbeit erörtert. Die „Büchervorte“ selbst enthält in ihrer Mainnummer einen ausführlichen Aufsatz von Anna S i e m e n s über „Soziale Dichtung“. Es folgen zahlreiche Besprechungen aus folgenden Gebieten: Arbeitsrecht; Dichtung und Drama; Erzählende Literatur; Geschichte; Hand- und Nachschlagewerke; Heimatkunde; Naturkunde; Politische Geographie; Technik; Theater und Film; Völker- und Länderkunde und Volkswirtschaft. Die Beiratsliteratur ist in dieser Nummer ausschließlich der pädagogischen Zeitschriftenliteratur gewidmet. Die „Büchervorte“ mit Beilage „Arbeiterbildung“ ist zum Preise von 1,50 Mk. für das Vierteljahr bzw. die Post oder Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin S.W. 68, Lindenstr. 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Die Frauenwelt debent in ihrem neuesten Heft Nr. 11 der tapferen Kämpferin Ellen Ren. Daneben bringt das neue Heft noch viele andere Beiträge. Besonders sei noch auf die Beilage „Kinderland“ verwiesen und auf die sechsseitige Modenschau. Die Frauenwelt darf in keinem Arbeiterhaushalt fehlen. Jedes Heft 30 Pf., mit Schnittmusterbogen 40 Pf. Zu beziehen durch alle Postanstalten oder durch die Volksbuchhandlung.

Neue Ufer. — Russische Romane. — Herausgeg. u. eingel. von Dr. Gregor Dienstadt. — Umfang 168 Seiten. — Preis brosch. 2,50 Mk., Leinen 4 Mk. — E. Laubische Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W. 30.

Autoren wie Babel, Siemenoff, Izensthy, Romanoff u. a. sind mit typischen Erzählungen in diesem Bande vereinigt. Nicht der lediglich ästhetische Reiz ihrer Romane war maßgebend für die Auswahl, sondern dem Herausgeber kam es darauf an, einen instruktiven Querschnitt durch das Denken und Fühlen des neuen Menschen im bolschewistischen Russland zu geben. Die Lektüre beweist, daß ihm sein Vorhaben gelungen ist. Der Gegensatz des bolschewistischen Lebensethos zu den Anschauun-

